



150 JAHRE SPD
IN KREFELD



GRUSSWORT DES VORSITZENDEN FRANK MEYER



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde der Sozialdemokratie,

die SPD Krefeld feiert in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Dies ist ein beeindruckendes Jubiläum für eine demokratische Partei, die sich über Verbote, Verfolgungen und Diktaturen hinweg für die Menschen in unserer Samt- und Seidenstadt eingesetzt und viel für die Krefelderinnen und Krefelder erreicht hat.

Mit der nun vorliegenden Broschüre wollen wir an die vielen Frauen und Männer erinnern, die sich hier vor Ort den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verschrieben haben. Wir sind stolz auf diese Menschen und fühlen uns als ihre politischen Erben verpflichtet, diese Ideale auch nach 150 Jahren in die Zukunft zu tragen. Die SPD war immer eine Partei mit großer Tradition, aber auch immer eine Partei, die den gesellschaftlichen Fortschritt und die Zukunft im Blick hatte.

Deshalb wollen wir uns dankbar an das Geleistete erinnern und daraus unsere Kraft und Inspiration ziehen, um auch in Zukunft eine gute sozialdemokratische Politik in Krefeld zu machen.

Mein herzlicher Dank gilt Stefan Schröder, dessen Arbeit wir verdanken, dass diese Schrift erscheinen kann. Stefan Schröder hat die Geschichte unserer Partei vor Ort an dieser Stelle auf besondere Weise zum Leben erweckt. Dafür ist ihm die SPD in Krefeld außerordentlich dankbar.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine informative und unterhaltsame Lektüre

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Frank Meyer'.

Frank Meyer
Vorsitzende

Krefeld, im Mai 2014

GRUSSWORT
DER VORSITZENDEN
DER NRW SPD
MINISTERPRÄSIDENTIN
HANNELORE KRAFT



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

150 Jahre SPD Krefeld sind ein wirklich guter Grund zum Feiern. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich Euch ganz herzlich!

Seit der Gründung Eures Unterbezirks im Jahr 1864 ist viel geschehen. Aber eins ist geblieben: Damals wie heute setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit der Hauptpfeiler von Politik bleibt, sowohl bei der Verteilung von Lasten wie auch von Chancen. Dabei dürfen wir niemals unsere gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus den Augen verlieren.

Ohne die vielen tausend engagierten Mitglieder in den hunderterten von Ortsvereinen würde die SPD ihren Charakter als Mitgliederpartei und Mitmachpartei verlieren. Geblieben ist daher auch, dass die Ortsvereine die Basis unserer Partei bilden. „Partei findet vor Ort statt“, dieses Zitat von Johannes Rau hat nichts von seiner Richtigkeit verloren.

Sie findet statt, wenn sich Menschen wie Euer ehemaliger Vorsitzender Fritz Lewerentz mit Überzeugung für die Sozialdemokratie einsetzen. Sie findet statt, wenn Ihr die ‚Tour de Krefeld‘ macht und Eure Stadt so zu einem schönen Ort für alle, die hier leben, macht. Und sie findet statt, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Zeit und ihre Kraft hier in Krefeld für die SPD einsetzen und so zum Beispiel 1969 die erste sozialdemokratische Wählerinitiative gründen. Die SPD Krefeld hat viel erreicht und darauf könnt Ihr stolz sein.

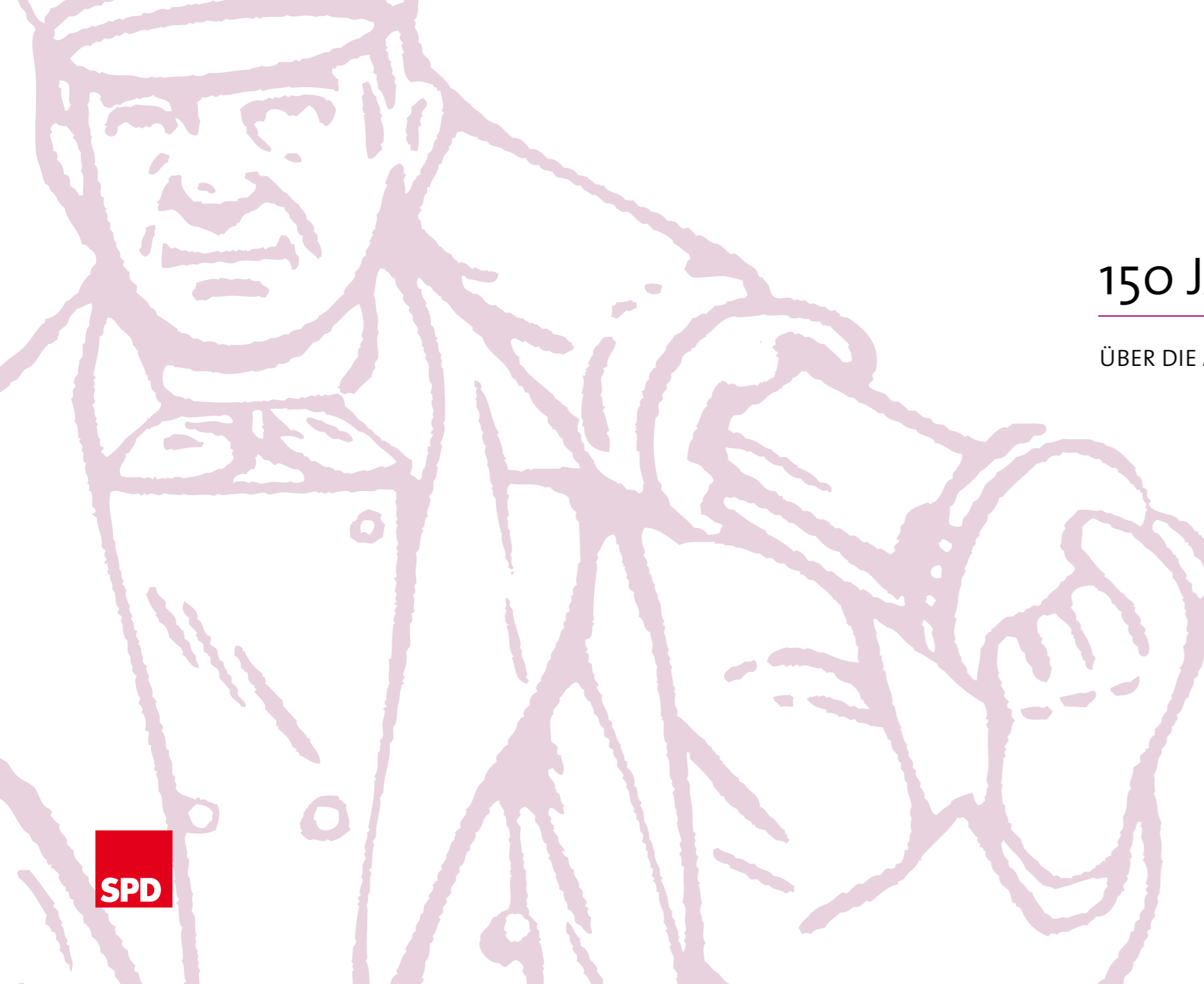
Euer Jubiläum fällt in das Jahr der Kommunal- und Europawahl. In diesem Wahlkampf haben wir die Chance den Menschen zu zeigen, dass die Stadt, das Land und Europa zusammengehören. Lasst uns das nutzen und mit den Menschen über Europa diskutieren und streiten, wie wir Europa besser machen können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für die Menschen da. Als verlässlicher Partner setzen wir uns dafür ein, dass jede und jeder ein gutes Leben führen kann. Dazu brauchen wir eine starke kommunale SPD und ein starkes Europa - lasst uns dafür kämpfen!

Für die nächsten 150 Jahre wünsche ich dem Unterbezirk Krefeld und seinen Mitgliedern alles Gute.

Mit herzlichen Grüßen aus
Düsseldorf

Hannelore Kraft



150 JAHRE SPD IN KREFELD

ÜBER DIE ANFÄNGE, DIE AUFBAUARBEIT, DAS MILIEU UND DEN WIDERSTAND

Von Stefan Schröder

INHALT

Vorrede	7
Die Gründung	10
1948 und die Vorgeschichte	12
ADAV, LADAV, SDAP	18
Das Sozialistengesetz	30
Das Beispiel Carl Wesch	33
Der Neuanfang 1890	38
Das Millieu	39
Kampf gegen den Nationalsozialismus	43

SPD

Manchmal hat Geschichte einen langen Atem. Das gilt auch und vor allem für unser Thema. Und das heißt, wer sich mit der Geschichte der Sozialdemokratie befasst, braucht ebensolche Ausdauer. Woran liegt das? Es heißt so schön, die Sieger schreiben die Geschichte. Demnach müsste das auch für die Sozialdemokratie gelten. Schließlich kennen wir in Deutschland keine Partei, die älter ist und tiefere Wurzeln hat. Sie hat alle überlebt: das Zentrum, die Nationalliberalen, die KPD und die NSDAP. Doch wer die Vergangenheit zum Leben erwecken will, der braucht Quellen. Lange haben sich die Historiker damit zufrieden gegeben, nach dem Motto „Große Männer machen Geschichte“ zu verfahren. Das war einfach. Politiker und Monarchen hinterlassen Biografien oder schreiben sie gleich selbst. Sie erlassen Dekrete, führen Kriege oder schließen Frieden. Selbst Bauwerke, siehe Bertolt Brecht und seine Fragen eines lesenden Arbeiters, werden nach dem Auftraggeber, aber nicht nach dem Polier, schon gar nicht nach dem Hilfsarbeiter benannt.

Will sagen: Die Sozialdemokratie war seit Gründung eine Partei der kleinen Leute, der Arbeiter, Handwerksgesellen, Dienstmägde und Hilfsarbeiterinnen. Solche Menschen hinterlassen selten Spuren. Autobiografien wie die von Willi Reimes aus Lobberich findet man selten. Und wer es wie August Bebel zum Arbeiter-Kaiser gebracht hatte, dessen Lebensbeschreibung ist nicht mehr typisch für das Gros der Parteimitglieder oder -wähler.

VIELES IM HALBDUNKEL

So müssen wir feststellen, dass bei allem Siegestaumel und Geburtstagsrummel der 150 Jahre alten Dame SPD, deren Ursprünge – vor allem

am Niederrhein – vielfach im Halbdunkel der Geschichte dämmern. Was wir von damals wissen, haben nämlich wesentlich die späteren Verlierer aufgeschrieben: die preußischen Regierungspräsidenten in Düsseldorf, die königstreuen Inspektoren und Gendarmen der Stadt Krefeld, angeführt von patriotischen Oberbürgermeistern, ebenfalls Beamte Seiner Majestät im fernen Berlin. Angehörige des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands galten im 19. Jahrhundert entweder als staatsfeindlich und kriminell oder im höchsten Maße als suspekt.

Wenn aber Polizisten, Geheimagenten, Spitzel oder politische Gegner die meisten Dokumente zur Geschichte der frühen Sozialdemokratie liefern, kann man sich denken, wie gefärbt diese Zeugnisse ausfallen. Sie lagern noch dazu weit zerstreut: in Archiven des alten preußischen Staates, verteilt auf Merseburg in Sachsen-Anhalt, Düsseldorf-Kalkum, Krefeld. Sie sind bei weitem nicht vollständig. Die wenigen Selbstzeugnisse aus dieser Zeit finden sich in Amsterdam, wo beispielsweise im Institut for sociale Geschiedenis der umfangreiche Nachlass des roten Feldpostmeisters Julius Motteler aus der Zeit des Sozialistengesetzes lagert oder im Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn.

VORARBEITEN

Wir wollen nicht klagen. Es gibt verdienstvolle Vorarbeiten von Gisela Hückels über den charismatischen Hermann Ziellenbach zum Beispiel, von Dieter Hangebruch über die Gründerzeit der Sozialdemokratie in Krefeld und die Zeit der Sozialistengesetze; Otto Röttges hat das Partei-

wesen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgiebig beleuchtet und viele Autoren haben mit der Erforschung der sozialen Verhältnisse in der niederrheinischen Textilindustrie Grundlagen geschaffen. Einen besonderen Schatz konnte ich noch Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts heben. Auch wenn die persönlichen Erinnerungen Beteiligter bis zu 70 Jahre danach verblasst oder verfärbt gewesen sein mögen, so ergeben doch die mündlichen Erzählungen einiger weniger Zeitzeugen der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts einen sehr frischen Eindruck vom Parteilieben abseits der offiziellen Geschichtsschreibung.

Womit wir mitten im Thema wären: Was macht die Krefelder Sozialdemokratie für den Forscher so interessant, ja einzigartig? Überspitzt formuliert ist es die Tatsache, dass die SPD am linken Niederrhein überhaupt Fuß fassen und bis zum Ersten Weltkrieg zu respektabler Größe heranwachsen konnte. Denn streng genommen liest sich das erste Drittel ihrer hiesigen Geschichte wie eine Aneinanderreihung von Niederlagen. Krefeld, um es klar zu sagen, ist für die Sozialdemokratie Diaspora gewesen. Hier fehlten bis tief in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein das wirtschaftliche Umfeld und die sozialen Verhältnisse, die wenige Kilometer weiter, im Wuppertal oder im Ruhrgebiet, Hochburgen der Arbeiterbewegung wachsen ließen. Verantwortlich dafür ist die eigenartige Struktur des Seidengewerbes. Davon werden wir später noch hören, doch nur so viel: Die hohe Qualität der Seidenstoffe erlaubte viele Jahre keine maschinelle Fertigung, der Seidenweber sah sich als Handweber mit hoher Expertise, seit Mitte des Jahrhunderts war der Webstuhl so-

gar sein Eigentum. Man empfand sich als Meister und nicht als Arbeiter.

RELIGION UND KULTURKAMPF

Ein weiteres Entwicklungshemmnis, das nahezu in jeder Biografie der hiesigen Arbeiterbewegung auftaucht, ist die katholische Religion. In der Arbeiterschaft oder korrekter gesagt in den Reihen der Unterschicht dürften rund 80 % katholisch getauft gewesen sein. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhielt der kleine Aurel Billstein, aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie stammend, eine Ohrfeige von seinem Grundschullehrer, weil er am Sonntag nicht zum Gottesdienst erschienen war. Willi Reimes, Sohn eines frommen Samtwebers aus Lobberich, geht als junger Erwachsener und erwachender Sozialdemokrat seinen Eltern zuliebe noch in die Kirche, liest aber unter der Bank heimlich sozialistische Schriften wie Bebel's „Christentum und Sozialismus“. Zeitzeuge Alfred John rezitiert aus den Wahlkämpfen der Weimarer Zeit den im Südbezirk bekannten Spruch: „Is ejal, wat de wählst, KPD, SPD, bloß nit dä Pfarrer Weber.“ Der Geistliche war Kandidat des Zentrums. Diese Partei hatte ihre frühe Blüte dem Kulturkampf zu verdanken, dem Streit zwischen dem jungen Kaiserreich und dem Vatikan, der am katholischen Niederrhein in den 70er Jahren des 19. Jahrhundert nahezu alle sozialen Themen überlagerte und bis zum Ersten Weltkrieg für eine breite Mehrheit der klerikal ausgerichteten Partei sorgte. Ergänzend sei erwähnt, dass viele Geistliche als rote Kapläne einen eigenen Weg, nämlich den der christlichen Arbeiterbewegung gingen, die am Niederrhein eine ihrer Hochburgen besaß.

ALLTAG UND UNTERDRÜCKUNG

Und noch ein Drittes: Stadtarchivar Hangebruch hat einmal geschrieben, ein Sozialdemokrat in Krefeld durfte kein Feigling sein. Wenn er auch nicht körperlich um sein Leben fürchten musste, so konnte ein engagierter Parteimann noch vor 120 Jahren sicher sein, dass er seinen Arbeitsplatz verlor, wenn seine politische Gesinnung ruchbar wurde. Begünstigt durch das preußische Dreiklassen-Wahlrecht, das die Stimmen nach Einkommen und Vermögen gewichtete, gaben am Niederrhein die Unternehmer der Seidenindustrie und deren Zulieferbranchen politisch und wirtschaftlich den Ton an. Wer sich als Funktionär der jungen Partei zu erkennen gab, musste andere Erwerbsquellen haben. Wir werden am Beispiel von Carl Wesch sehen, wie sich solch ein Alltag vor 130 Jahren gestaltete und welche Konsequenzen dies haben konnte.

AUFBAU

Diese Ausführungen konzentrieren sich auf die Anfänge und die ersten Jahre der Sozialdemokratie am linken Niederrhein. Dabei beschäftigen uns die Fragen, wie es zu den ersten Gründungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kam und wie sich die junge Partei behauptete, bis zu Beginn der 90er Jahre auch dank der Gewerkschaftsbewegung ein Durchbruch festzustellen ist. Zu diesem Zeitpunkt hatte das gesellschaftliche Leben der Sozialdemokratie den Charakter einer Parallelwelt angenommen. Das berühmte „Von der Wiege bis zur Bahre“, also das Milieu der Arbeiterbewegung, ist in Krefeld bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Hier helfen vor allem die Ergebnisse der oral history, der Zeitzeugengespräche also. Zuletzt, auch

weil er bisher außer durch Aurel Billstein kaum eine Würdigung erfahren hat, sollen anhand von Forschungen und Zeitzeugenauskünften einige Schlaglichter auf den Widerstand der Sozialdemokraten im Dritten Reich geworfen werden.

DIE GRÜNDUNG

Der 12. Juni 1864 ist das Datum, auf das wir uns beziehen, wenn wir von der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Krefeld sprechen. Der Wirt Eickhoff in der Charlottenburg konnte sich über mangelndes Interesse nicht beklagen. 600 Gäste sollen sich in dem Veranstaltungssaal gedrängt haben, am Ende waren es 22, die sich in die Mitgliederliste einschrieben und bereit waren, das Aufnahmegehalt von zwei Silbergroschen und den wöchentlichen Mitgliedsbeitrag von einem halben Silbergroschen zu entrichten.

FERDINAND LASSALLE UND SEIN PROGRAMM

Der frühe Vorläufer der Sozialdemokratie nannte sich Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein und war eng verknüpft mit dem Namen Ferdinand Lassalle. Der aus einer bürgerlichen Seidenhändlerfamilie in Breslau stammende Präsident hatte ein Jahr zuvor, am 23. Mai 1863, in Leipzig den Arbeiterverein ins Leben gerufen und ihm mit dem „Offenen Antwortschreiben“ sogleich ein Programm mit auf den Weg gegeben. Kernforderungen waren: eine gesetzliche Festlegung der Löhne, da das „eiserne Lohngesetz“ dafür sorgen werde, dass im Kapitalismus die Löhne auf ein Existenzminimum herabgedrückt würden. Lassalle trat für die Gründung von Produktionsgenossenschaften ein. Anders als sein Kontrahent aus dem liberalen Lager, Hermann Schultze-Delitzsch, meinte der Arbeiterführer, dass der Staat stützend eingreifen müsse. Was die Urväter der Arbeiterbewegung Marx und Engels von ihrem Weggefährten aus der 48er-Revolution abrücken ließ, war Lassalles Glaubensbekenntnis für die parlamentarische Demokratie. Ein Umsturz kam für ihn nicht in Frage, erst ein allgemeines freies Wahlrecht würde den Arbeitern die Mittel in die

Hand geben, den Staat auf friedlichem Wege in den Sozialismus zu führen.

„AUFREIZUNG DER MASSEN“

Besondere Brisanz erhielt die Gründungsversammlung dadurch, dass am selben Tag der Vater der liberalen Genossenschaftsidee, Schultze-Delitzsch, zu einer Veranstaltung nach Krefeld gekommen war. Die aus Düsseldorf angereisten ADAV-Abgesandten Real, Lewy und Kichniawy, alle enge Mitarbeiter Lassalles, ließen daher keine Gelegenheit aus, dessen Ideen zu attackieren. Alle Schwüre auf Staatstreue und Parlamentarismus ließen jedoch den die Veranstaltung überwachenden Polizei-Inspektor Viedebandt nicht in seiner Einschätzung wanken: „Die Lassalle'schen Bestrebungen zielen auf den Umsturz der bestehenden Ordnung und Aufreizung der Massen“, seien daher „regierungsfeindlich und staatsgefährlich“.

Viedebandt hatte im Vorfeld der Veranstaltung schon harte Arbeit geleistet, um ein „Aufkeimen“ dieser umstürzlerischen Gedanken in „seiner“ Stadt zu verhindern. Gleich zwei Gastwirte hatte er in eindringlichen Vier-Augen-Gesprächen Ende Mai darauf aufmerksam gemacht, dass es ihnen wirtschaftlich schlecht ergehe, falls sie dem Arbeiter-Verein ihr Lokal für eine Versammlung zur Verfügung stellten. Selbst Hermann Ziellenbach, dessen Lokal Bockhalle, später Reichshalle, Schauplatz mancher Versammlung der Arbeiterschaft war, ließ sich einschüchtern. Ihm wurde angedeutet, dass die Behörden sein Lokal für die finanziell lukrativen Musterungen der Wehrfähigen nicht mehr anmieten könnten, wenn dort solche Umtriebe stattfänden. Bekannt wurde die Intervention des Polizisten durch eine Beschwer-

de Ferdinand Lassalles. Immerhin stieß er damit beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf eine Untersuchung an. Sie blieb für Viedebandt ohne Folgen.

ALLGEMEINER DEUTSCHER ARBEITERVEREIN

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) war ein Jahr nach Gründung keine Massenbewegung. Rund 1000 Mitglieder, vorwiegend in Sachsen und im Rheinland hatten sich ihm angeschlossen. Das Charisma Lassalles, weniger die Details seines Programms, dürfte für viele von ihnen ausschlaggebend gewesen sein. Sein früher Tod am 31. August 1864 nach einem Duell in der Schweiz hat zur Verklärung des Arbeiterführers bürgerlicher Herkunft beigetragen. Seine langjährige Begleiterin Sophie Gräfin Hatzfeldt sorgte dafür, dass sein Ansehen und die Erinnerung an ihn noch Jahrzehnte später kultischen Charakter trug. Einige Historiker sprechen von einer Ersatzreligion in der Verehrung Lassalles.

Zu dessen Bekanntheit am Niederrhein hatte sein energisches Eintreten für Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit in der 1848er Revolution beigetragen. Aus dieser Zeit stammte Lassalles Netzwerk am Niederrhein. Festzuhalten bleibt: Auch wenn zwischen den Gründungen der Jahre 1863/64 und der Revolution von 1848/49 nicht nur 15 Jahre, sondern auch eine Zeit der Restauration voller Einschränkungen für die bürgerlichen Rechte lag, bestanden Ideen und persönliche Kontakte fort. Daher ist es angebracht, einen Blick auf die Verhältnisse des Vormärz und der ihm folgenden Jahre zu werfen.

1848 UND DIE VORGESCHICHTE

Wie in vielen Städten Deutschlands überlagerten sich Ende der 40er Jahre politisches Aufbegehren und soziale Unruhen. Krefelds Einwohnerzahl hatte sich seit Beginn des Jahrhunderts auf 37.000 in etwa verdreifacht. Rund 80 % der Familien lebten von der Textilproduktion. Die Seidenweberei dominierte das Wirtschaftsleben und beschäftigte Mitte des Jahrhunderts 13.670 Weber und ihre Familien. Die Zahl der Unternehmen war von 17 im Jahr 1828 sprunghaft auf 98 gestiegen. Möglich war dies durch eine starke Differenzierung geworden. Ausgliedert wurden die Windereien, die Färbereien, weitere Ausrüstungsfirmen und der Rohseidenhandel. So war für den Betrieb der Seidenweberei weniger Kapital nötig, was in Zeiten günstiger Konjunktur zu zahlreichen Neugründungen führte. Ging es schlechter, was bei einem Modeartikel wie der Seide schnell passieren konnte, standen die Webstühle still.

„LOHNDRÜCKEREI“

1848 entzündete sich der Unmut, wie übrigens 1828 schon einmal, an der so genannten Lohndrückerei. Die Firmen standen im Wettbewerb mit schweizer und französischen Konkurrenten, die ihre Ware preiswerter anboten. Schon 1828 hatten die Seidenunternehmer daraufhin auf einen Schlag 15% Lohnreduktionen verfügt. Der sich anschließende Aufruhr ist später gerne als Arbeiteraufstand tituliert worden. Doch fehlt es bis heute an Belegen dafür, dass es mehr war als eine Empörung von Webergesellen, die Mehrheit der Webermeister hielt sich mit gewaltsamem Protest zurück. Wie damals kamen die Seidenunternehmer auch 1848/49 den Webern unter dem Druck der Verhältnisse entgegen und billigten eine Lohnliste. Solche Vereinbarungen hatten

nicht lange Bestand. Sie galten entweder nur für das Stadtgebiet, mittlerweile waren aber viele Weber in den Vororten beschäftigt, oder die Löhne wurden wegen vermeintlicher Qualitätsmängel gedrückt. Wenig half, dass die Weber Ende der 40er Jahre die Heimwebstühle kaufen konnten. Wenige Jahre später waren viele dieser Geräte veraltet, die aufkommenden schweren Jacquardstühle waren zu teuer.

WEBERSTATUT MIT UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN OBERBÜRGERMEISTER

Aber anders als 1828 setzten sich angesichts der dramatischen Armut des Jahres 1848 Politiker wie Oberbürgermeister Ondereyck dafür ein, dass es zwischen Unternehmern und Webermeistern zu einer Vereinbarung kam, dem „Statut für die Crefelder Seidenweberei“. Diese Auseinandersetzungen fallen zeitlich mit den politischen Unruhen in Paris, Berlin und im Rheinland nebst Krefeld zusammen, haben aber ausschließlich sozialen Charakter. Das Statut enthielt eine konjunkturunabhängige Lohnliste, die Rechte zum Erwerb der Webstühle und diverse Einschränkungen, die aber mehr den Zunftcharakter der Weber betonten als deren vermeintlichen Arbeiterstatus. So setzten sie durch, dass die bei Unternehmen angestellten Werksmeister nicht noch zu Hause Gesellenwebstühle aufstellen dürften, um ihr Einkommen zu verbessern. Ein freier Meister durfte nicht mehr als vier Gesellen beschäftigen usw. Einer Witwe war es nur erlaubt, lediglich den Webstuhl ihres verstorbenen Mannes weiter zu betreiben. Eine Meisterprüfung sollte verhindern, dass die landflüchtigen Zuwanderer als angelernte Weber zu ernsthaften Konkurrenten würden. Das Bestreben des niederrheinischen

Webermeisters war, eine bürgerliche Existenz zu führen und auf gutem Fuß mit seinem Verleger zu stehen. Dazu in merkwürdigem Kontrast stand die Ansicht, dass in Zeiten schlechter Auftragslage der Verleger schon irgendwie für das Auskommen seiner Schutzbefohlenen sorgen werde.

ARBEITSLOSIGKEIT UND MASSENSPEISUNGEN

Diese Haltung hat für viele Jahrzehnte die Organisation innerhalb der aufkommenden Arbeiterbewegung am Niederrhein behindert. Auf der anderen Seite sahen sich Unternehmer in der Pflicht, für das Gemeinwohl zu sorgen. Doch diese freiwilligen Leistungen und massive Zuschüsse des preußischen Staates gemäß dem 1842 verabschiedeten Armengesetz halfen bei einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit von 45 % nicht mehr. 1846 waren allein in Krefeld 12.000 Menschen unversorgt. Massenspeisungen, kostenlose Abgabe von Brennholz und immer wieder Notstandsarbeiten – Trockenlegen von Sumpfgebieten, Wege- und Erdarbeiten – sollten wenigstens zeitweise Abhilfe schaffen. 1847 mussten 1500 Kinder in fünf Armenküchen verpflegt werden. Ein Jahr später bezahlte die Stadt 900 Männer für Notstandsarbeiten. Vom Staat kamen 20.000 Taler Soforthilfe. Das so genannte Elberfelder Modell der Armenpflege mit einer auf Bezirke herunter gebrochenen freiwilligen Fürsorge kam in Krefeld erst Anfang der 60er Jahre auf. Angesichts dieser Verhältnisse erstaunt es, dass sich sozialer Unmut nicht häufiger und nachhaltiger entzündete. Denn modebedingte Konjunkturschwankungen mit solch verheerenden sozialen Folgen gehörten im Seidengewerbe zu regelmäßigen Erscheinungen.

SOZIALE HINTERGRÜNDE

Das rein soziale Interesse, das aus der Not geboren war, dokumentiert sich in einem Schreiben eines Comités gewählter Webermeister an den liberalen Kandidaten für das Paulskirchenparlament, Hermann von Beckerath, im April 1848. Darin spielten politische Forderungen keine Rolle. Vielmehr verlangten die vereinigten Webermeister: „Die Versammlung in Frankfurt möge sich vor allem der Lage der arbeitenden Klasse annehmen und sie durch Gesetze vor der Willkür ihrer Gläubiger schützen. Sie möge verordnen, daß den zahlungsunfähigen Arbeitern nicht mehr die letzten Hausgeräte, Ofen, Topf, Tisch u.s.w. sowie die einzigen Kleidungsstücke zwangsmäßig verkauft werden, um mit dem Erlöß die Gerichtskosten zu zahlen. Daß es künftig nicht stattfindende Arrest auf den Arbeitslohn zu legen und die Webstühle in Beschlag zu nehmen.“

Aus diesen unruhigen Zeiten stammte eine Weber-Innung, die bis 1869 immer dann in Erscheinung trat, wenn es dank schlechter Konjunkturen wieder zu Niedriglöhnen und Hungersnöten kam.

DIE DEMOKRATISCHE FRAKTION

Nur einen Sommer lang, bis zum Herbst 1848 gab es auch enge personelle Verbindungen der Weber mit den Repräsentanten der demokratischen Fraktion in der Stadt. Ein Turnverein, ein gemäßigter Konstitutioneller Club, die Gemeinde der Deutschkatholiken, ein Demokratischer Verein und letztlich auch ein Arbeiterverein bildeten die Plattform für die Entwicklung politischer Reformgedanken und Wahlbewegungen in der Märzrevolution; dem stand ein Preußenverein gegenüber. Der Turn- und Sprachlehrer Caspar Imandt, sein Bruder Peter, ein Webermeister Au-

gust Hohns und der Gastwirt Hermann Ziellenbach werden als Anführer der radikalen Fraktion genannt. Junge Fabrikanten sammelten sich um den späteren Reichsminister Hermann von Beckerath, schließlich stand auch der rheinische Liberalismus in kritischer Distanz zum konservativen Preußen.

Der Arbeiterverein war im späten Frühjahr 1848 als Bildungsverein entstanden, Handwerker, einige Weber und Kaufleute gehörten zu seinen Mitgliedern, bis der Radikaldemokrat Imandt den Kaufmann Julius Meyer von der Spitze verdrängte und in einer Solidaritätsadresse für den Kölner Arbeiterverein eine neue Ausrichtung erzwang. Bald verschmolzen Arbeiter- und Demokratischer Verein unter Leitung Imandts, des Webers August Hohns und eines Schneiders namens Joseph Roß; Roß und Imandt vertraten ihren Verein auf dem Rheinischen Demokraten-Kongress Mitte August 1848 in Köln.

Der vereinigte Demokraten- und Arbeiterverein traf sich regelmäßig in der Bockhalle, die der gelernte Zimmermann und Gastwirt Hermann Ziellenbach im Mai 1848 eröffnet hatte. Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts sollte die Bock- später Reichshalle ein Treffpunkt sozialdemokratisch gesinnter Reformkräfte werden.

Mehr als 1000 Mitglieder soll der Verein gehabt haben. Seine Mitglieder seien vor allem arbeitslose Weber gewesen, auch „Gesindel“ und „Fremde“, wie der Krefelder Polizei-Inspektor Walther abschätzig in einem Überwachungsbericht mitteilte. Der sicher nicht ganz objektive Beamte fügte hinzu, die Mitglieder wollten „ohne weitläufigen Theilungsprozeß allgemeine Gütergemeinschaft eingeführt haben“. Die „rothe Republik“ sei das

erklärte Ziel des Anführers Imandt. Walther vermisste ideelle Ziele. Ihn stieß ab, dass im Verein vor allem materielle Forderungen erhoben würden. Die noch in Lohn und Brot stehenden Mitglieder sähen mehr oder minder die Reichen als ihre Gegner und „glauben durch die rothe Republik eine Verbesserung ihrer Lage zu erzwingen, und leben in der Hoffnung, durch diese unselige Verbindung mindestens höheren Lohn oder Recht auf Arbeit sich zu sichern“. Angeblich war im Lokal Ziellenbachs mit Heringsköpfen auf eine Büste des preußischen Königs Wilhelm IV. geworfen worden.

GEMÄSSIGTE VOLKSBEWEGUNG

Insgesamt war die Volksbewegung am Niederrhein eher gemäßigt verlaufen. Der Revolutionär Imandt unterhielt als Privatperson viele Kontakte zu befreundeten Vereinen, hielt sich als Delegierter nicht immer an die moderaten Mandate seiner Heimatstadt. Er verlor, wie man so schön sagt, den Kontakt zur Basis. Besonders gut verstand sich Imandt mit den Führern des Kölner Arbeitervereins, der zeitweise von Karl Marx selbst geführt wurde und unter dem Einfluss des Bundes der Kommunisten stand. Im September 1848 hören wir erstmals von Verbindungen der Krefelder nach Düsseldorf, wo Ferdinand Lassalle politisch aktiv war. Mehr als 10.000 Personen hörten Lassalle, Imandt und anderen Rednern aus Düsseldorf bei einer Versammlung am 10. September in den Rheinwiesen zu.

Die Krefelder Seidenweber schickten Ende August ihren Kollegen August Hohns nach Berlin zum ersten Arbeiterkongress, aus dem wenig später in Leipzig die „Arbeiterverbrüderung“ unter Leitung von Stephan Born entstand. Diese, von vielen als

Vorläufer der Gewerkschaftsbewegung gesehene Vereinigung hatte im Rheinland so gut wie keinen Rückhalt. Von einer Mitwirkung des Webers Hohns ist später nie mehr die Rede.

Wie wenig die demokratischen Ideen in dieser Frühphase in der Arbeiterschaft Fuß fassten, zeigt das dramatische Schrumpfen des Arbeiter- und Demokratenvereins nach der Flucht Imandts. Er war im September beschuldigt worden, Patronen für einen Aufstand in Köln gesammelt zu haben und floh ins Exil nach Paris. Von den einstmals mehr als 1000 Mitgliedern zählte die Polizei jetzt noch 150, die sich ab und zu trafen.

GESCHEITERTE REVOLUTION UND RESTAURATION

Nach dem blutigen Ende der Maiunruhen 1849 in Berlin, Baden und Wien zogen sich auch am Niederrhein die Reformkräfte ins Private zurück. Ein militärischer Schlag gegen die preußische Obrigkeit war erwogen worden, wurde dann aber fallen gelassen, obwohl große Teile der Landwehr für einen solchen Schritt plädiert hatten. Volksversammlungen in der Ziellenbachschen Bockhalle sahen ein gemischtes Publikum, bestehend aus Liberalen aus dem kaufmännischen Bürgertum, Webern und einigen Intellektuellen aus dem frühen Arbeiterverein.

Das Vereins- und Versammlungsgesetz vom 11. März 1850 trug in Preußen dazu bei, dass Vereine mit auch nur annähernd politischem Charakter durch ein schikanöses Netz aus Verboten und Einschränkungen behindert wurden. Eine Zeit der Bespitzelungen und Überwachungen brach an, sinnfällig dokumentiert in den Begleitumständen des Kölner Kommunistenprozesses von 1852. Untätig blieben einige Vordenker und Anführer

der Revolution jedoch nicht. Parallel und durchaus auch in Konkurrenz zu einander bauten auf der einen Seite von Köln später von London aus Marx und Engels ab 1849 ein Netzwerk zur Vorbereitung eines politischen Umsturzes auf, während Ferdinand Lassalle in Düsseldorf Gleichgesinnte um sich scharte.

WETTEIFERN UM DIE KREFELDER

Von beiden Städten gingen Versuche aus, die alten Krefelder Verbündeten in ihre Bestrebungen einzubeziehen. Erst durch Denunziationen flogen einige dieser Kontaktversuche auf. Die Krefelder hatten den Demokraten- in einen Ziellenbachschen-Verein umbenannt, um in der Bockhalle mehr oder weniger privat zu tagen. Ähnliche Ziele verfolgte ein wissenschaftlicher Verein.

Die Lage in Krefeld schien dem Düsseldorfer Präsidium zumindest so suspekt, dass es zweimal einen Beamten inkognito an den Niederrhein entsandte, um Informationen aus erster Hand einzusammeln.

REBELL ZIELLENBACH

Demnach war am Geburtstag des Königs, dem 15. Oktober, vor Ziellenbachs Haus eine als König zurechtgemachte Strohuppe aufgehängt worden. Nicht die Polizisten, sondern der königstreue Oberbürgermeister Ondereyck, der gegenüber wohne, habe die Puppe entfernt. Ziellenbach, der in und nach der Revolution Strafverfolgungen und Haftstrafen wegen Steuerhinterziehung, Majestätsbeleidigung und unbefugten Schankbetriebs zu gewärtigen hatte, wurde für viele Jahre zur Führungsfigur eines zum Teil nur noch symbolischen Widerstandes, der karnevalistische Züge annahm. Einmal versorgte er Landwehrangehörige

aus Krefeld bei einem Ausflug nach Wesel mit einer Wagenladung Fourage. Die schlechte Versorgung der jungen Soldaten war sprichwörtlich. Im März 1851 trat Ziellenbach während des Karnevals in einem roten Kostüm in seinem Lokal auf, woraufhin die Gäste „es lebe die Republik“ und „nieder mit dem Könige und seiner Regierung“ gerufen haben sollen. Am Jahrestag der Revolution, dem 18. März, betrat Ziellenbach seine Loge im Stadttheater ebenfalls in roter Aufmachung. Laut Polizeibericht hätten viele im Theater versammelte Anhänger der „Umsturzpartei“ diese Demonstration mit anhaltendem Jubel begrüßt. Das Kostüm verwendete Ziellenbach ein drittes Mal, als er nach dem Theaterbesuch am selben Abend als Gast einer jüdischen Hochzeit auftrat. Einen Tag später sei er im Vorort Linn ebenso erschienen und habe angekündigt, wenn die soziale Lage sich verschlechtere, „einigen Reichen Besuche abzustatten“.

REAKTION UND REPRESSION

Solch öffentliches Treiben empfanden die Düsseldorfer Behörden als Versagen der Krefelder Polizei. Der verantwortliche Polizei-Inspektor Walther, den man am Abend der Theater-Demonstration mit Ziellenbach am Buffet gesehen hatte und den ein Untergebener einmal „Klüngels-Kerl“ titulierte hatte, wurde zur Frühpensionierung gezwungen, der aufrührerische Wirt verlor seine Schankkonzession für einige Zeit. Mit dem Ergebnis, dass sich ein Gedankenaustausch unter Gleichgesinnten nur noch in geschlossener Gesellschaft, der „Harmonie“ mit ca. 1600 Mitgliedern, vollzog. Allerdings kamen die meisten Gäste, um ein Bier zu trinken. Nicht wenige mehr als der Vorstand und einige Handwerker diskutierten dort, stellte

der neue Polizei-Inspektor Junkermann fest. Dabei gehe es um Religion, die soziale Frage und die Arbeiterbewegung.

Der kleine wissenschaftliche Verein, hauptsächlich aus Schneidern bestehend, besaß immerhin eine Bibliothek und Zeitschriften, wurde zeitweise mit dem Bund der Kommunisten in Verbindung gebracht, was nie bewiesen werden konnte. Im Turnverein, so hieß es in einem Polizeibericht, herrsche das „soziale demokratische Element“ vor, belastende Fakten lägen gegen diesen Verein aber nicht vor.

LASSALLE IN KREFELD

Die alten Verbindungen zwischen Ziellenbach und Ferdinand Lassalle aus der Zeit der Märzrevolution wurden 1851 wiederbelebt. Am Abend des 12. November „gegen einhalb 11 Uhr“ besuchte ihn Lassalle mit Sophie von Hatzfeldt und einigen Getreuen und habe dort „bei demselben bis 12 Uhr verweilt“, ergaben Polizeirecherchen nachträglich. Der Umstand, dass Lassalle gerade erst als „Haupt des Umsturzes im Rheinland“ titulierte worden war und Ziellenbach als Agent der „rothen Republik“ in Krefeld galt, ließ die Polizei bei den Nachrichten um die nächtliche Visite der Düsseldorfer besonders genau hinschauen. Anlass für das Treffen war aber das Scheidungsverfahren der Gräfin gegen ihren Mann, in dem viel schmutzige Wäsche gewaschen wurde. Lassalle, der die Gräfin als Nichtjurist in dem Prozess erfolgreich vertrat, traf den in Krefeld beschäftigten Kellner Carl Heinrich Anton genannt Louis Gianella im Ziellenbachschen Haus, um ihn von einem Erpressungsversuch an seiner Mandantin abzubringen. Eine ganze Reihe weiterer Krefelder taucht in diesem Prozess auf der Zeugenliste auf.

Wie schon der ermittelnde Beamte mutmaßte, wird sich das Gespräch zwischen Lassalle und Ziellenbach an diesem Abend nicht auf diesen Fall beschränkt haben. So empfahl Lassalle einige Jahre später seinen Düsseldorfer ADAV-Freunden bei einer Agitation in Krefeld doch den alten Bekannten Ziellenbach anzusprechen und von ihm zu grüßen.

ADAV, LADAV, SDAP

Erster Vorsitzender der Krefelder Filiale des ADAV im Jahr 1864 war der aus Hilden stammende Graveur August Stein. Er war erst wenige Wochen zuvor zugezogen und hatte mit Unterstützung der Düsseldorfer „Paten“ schon zweimal vergeblich versucht, in Krefeld eine Gründungsversammlung aufzuziehen. Die Einschüchterungsversuche des Polizei-Kommissars Viedebandt hatten zwei Wochen vor der Gründung 200 Interessierte nicht davon abgehalten, sich bei Ziellenbach zu versammeln und sich von sechs angereisten Düsseldorfern die Frontstellung zur bourgoisen Haltung von Schulze-Delitzsch erklären zu lassen. Nach dem bei dieser Gelegenheit verteilten Material, darunter das Bundeslied von Georg Herwegh, fahndeten die Gendarmen vergeblich. August Stein erschien den Entwicklungshelfern aus der Nachbarstadt schon kurz nach der Gründung Anfang Juni 1864 nicht mehr geeignet. Lewy schrieb an Lassalle: „Leider haben wir einen geeigneten Bevollmächtigten bis jetzt noch nicht finden können. Stein ist jung und unerfahren und sein Feuer erlischt gar bald, wenn's nicht immer aufs neue angefacht wird.“ Man werde, wenn die Krefelder Filiale 50 Mitglieder zähle, drei Vorschläge an ihn senden, versprach Lewy dem Präsidenten.

AUFGABEN DES BEVOLLMÄCHTIGTEN

Dabei wurde von einem Bevollmächtigten anfangs nicht viel verlangt. Schließlich war wegen des strengen Vereinsgesetzes der Krefelder Ableger nur eine Filiale der Leipziger Zentrale. Stein musste die Einschreibungen überwachen, Mitgliederlisten führen, Eintrittsgelder annehmen und den Neumitgliedern „entsprechende Legitimationen“ aushändigen. Alle vier Wochen sollten

die Kassenbestände an den Kassierer abgeführt werden. Ferner oblag ihm die Leitung der Mitgliederversammlungen.

„In Krefeld haben wir eine Gemeinde bekommen“, gab Präsident Lassalle stolz am 15. Juni an seinen Parteisekretär Willms weiter.

RÜCKSCHLÄGE

Und damit waren die guten Nachrichten auch schon erzählt. Kurze Zeit später ernannte Lassalle den Viehagenten Joseph Bolten aus der Lutherischen Kirch-Straße mit Wirkung zum 30. Juni 1864 zum Bevollmächtigten in Krefeld. Wir wissen dies nicht aus dem Archiv der Partei, sondern von den Untersuchungsakten der Krefelder Polizei. Hier gab Bolten postwendend im Juli alle Papiere ab, behauptete, nie von sich aus mit dem ADAV in Verbindung getreten zu sein und verschwand auf Nimmerwiedersehen. Wohin, das wiederum musste Parteikassierer Gustav Lewy Anfang August dem Präsidenten beichten: „Der Krefelder Bevollmächtigte ist wirklich nach Amerika durchgebrannt. Wir müssen nun in Krefeld von Neuem beginnen.“ Was Lewy nicht schrieb: Bolten hatte die Juli-Beiträge seiner Genossen mitgehen lassen.

Dieser Rückschlag wirkte nachhaltig. Mit Ausnahme eines gescheiterten neuen Gründungsversuchs am 9. November durch den bekannten August Stein gab es bis Mitte 1867 kein Lebenszeichen der organisierten Sozialdemokraten mehr in Krefeld. Die Düsseldorfer Paten resignierten im November 1865 und hielten fest, „daß das Proletariat in Krefeld dergestalt demoralisiert ist, daß es zu geistigen Auffassungen nicht fähig, und ihm daher die Grundbestrebungen des Vereins nicht deutlich gemacht werden könnten.“

Es existierte noch eine kleine freireligiöse Gemeinde, in der sich einige Schneider und Weber engagierten, die später im ADAV eine Rolle spielten. Sie wurden stillschweigend durch den Liberalen-Politiker und Seidenunternehmer Ludwig Friedrich Seyffardt gefördert. Hier wie in der unpolitischen Weber-Innung spielte als Vorstandsmitglied der Schneider und Schreiber Bernhard Wunderlich eine zwielichtige Rolle. Wie aus seinem Briefwechsel mit Seyffardt hervorgeht, standen die beiden in einem, vorsichtig formuliert, finanziellen Abhängigkeitsverhältnis. Manche Passage bei Wunderlich liest sich wie ein Erpressungsversuch. Dabei stand er selbst in dem Verdacht, Spenden an die freireligiöse Gemeinde veruntreut zu haben.

ERSTE WAHLKÄMPFE

Nach Jahren des Stillstands, so stellt der Liberale Seyffardt in seinen Erinnerungen fest, trat erst Mitte 1867 bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag eine „geschlossene Arbeiterpartei“ wieder an. Doch die Koalition, die sich hier zu Gunsten eines katholischen Abgeordneten fand, war zum einen nicht sozialdemokratisch dominiert und zum anderen nicht erfolgreich. Der konservativ-liberale Hermann Kanngießer siegte bei einer Wahlbeteiligung von unter 50% gegen seinen, von der Arbeiterschaft unterstützten katholischen Widersacher Wilhelm Herbertz. Dessen Anhänger rekrutierten sich unter anderem aus der Weber-Innung, die allerdings keine 100 Mitglieder mehr zählte, und wurde von dem freireligiösen Bernhard Wunderlich angeführt. Unterstützt wurde Wunderlich von Peter Stocks und J.F. Sauter sen., die später dem ADAV wieder zu Ansehen in der Stadt verhelfen sollten. Vor-

erst verdingten sich die Anhänger Lassalles ohne eigene Parteiorganisation als Wahlhelfer eines Liberalen. Wunderlich sprach sogar davon, dass ihm von einem Unternehmer 50 Taler geboten worden seien, wenn er seine Getreuen dem konservativen Kanngießer zuführen würde.

Dass überhaupt Arbeiter und Weber bei einer sie wenig betreffenden Wahl aktiv wurden, dürfte an den enormen Teuerungen für Lebensmittel dieses Sommers gelegen haben, wie der Oberbürgermeister in seinem Quartalsbericht an das Regierungspräsidium erläuterte. Neben einer Verbesserung ihrer sozialen Lage sollen sie erstmals auch ein freies, geheimes und gleiches Wahlrecht für die kommunale Ebene gefordert haben. Oberbürgermeister Ondereyck fand dies „höchst bedenklich“.

SCHILLERENDE FIGUR

Endgültig zur schillernden Figur dieser Jahre stieg der nachmalige Bevollmächtigte des ADAV Bernhard Wunderlich auf, der die im Jahr 1868 neu gegründete Krefelder Filiale auf dem Arbeitertag in Berlin vertrat. Wunderlich stammte aus Duisburg, war evangelisch getauft und hatte Schneider sowie Kappenmacher gelernt. Bis zu seinem Wohnungswechsel nach Krefeld Mitte der 50er Jahre verdiente er sein Geld als Gerichtsschreiber in seiner Heimatstadt. Ende der 50er Jahre handelte sich Wunderlich Klagen wegen unerlaubter Ausübung eines Gewerbes ein, weil er Schreibearbeiten in Krefeld übernommen hatte. Er wurde freigesprochen, die Behörden behielten ihn jedoch im Auge, weil Wunderlich jetzt in der Weber-Innung aktiv wurde, wo er für die Abschaffung der städtisch kontrollierten Unterstützungskasse plädierte. Um sich in der Innung ein Mandat zu

verschaffen, absolvierte der Schneider eine Meisterprüfung als Weber. Oberbürgermeister Ondereyck charakterisierte den politischen Akteur: „Er ist ein unruhiger Mensch und Projectenmacher und sein Bestreben auf allerhand Umtriebe dahin gerichtet, sich eine Stellung oder ein Amt zu schaffen.“

SPALTUNG DER LASSALLEANER

Währenddessen hatten sich die Lassalle-Anhänger nach dem Tod ihres Führers gespalten. Seine Gefährtin von Hatzfeldt und einige Getreue gründeten den Lassall'schen ADAV, der in wesentlichen Punkten orthodoxer, ja fast ständisch auftrat. Hochburgen waren Düsseldorf und Mönchengladbach, wo der Vorsitzende Fritz Mende einflussreich agierte. Ihm zur Seite stand der Krefelder Franz Heinrich Kucks, dessen Verbindungen in die alte Heimat Mitte 1868 dazu führten, dass sich in Krefeld eine Gemeinde des LADAV bildete. Am 11. August ernannte Mende den Seidenweber Hermann Nauß zum Bevollmächtigten der Krefelder „Hatzfeldianer“. Er sei katholisch und 1826 geboren, mehr erfahren wir nicht über den Repräsentanten der Arbeiterschaft. Parallel und völlig ohne Einfluss der eher gewerkschaftsfeindlichen Anhänger Hatzfeldts und Mendes verliefen Bestrebungen der Krefelder Weber, die alte Lohnliste von 1848 wieder in Gang zu setzen. Sie klagten über zu niedrige Löhne angesichts der anhaltenden Teuerung aller Lebensverhältnisse. Dies war die Stunde Bernhard Wunderlichs, des gelernten Schneiders und Webermeisters. Geschickt verband er die Neugründung des so genannten von Schweitzerschen ADAV im August 1868 in Krefeld mit seinen Auftritten in Weberversammlungen, wo er im Sinne der Betroffenen für die Lohnliste,

vor allem aber für höhere Löhne eintrat. Johann Baptist von Schweitzer hatte als einer der Nachfolger Lassalles ein Reichstagsmandat im Norddeutschen Reichstag errungen. Unter seiner Führung (bis 1871) stellte sich der ADAV in Konkurrenz zum LADAV neu auf und erkannte gewerkschaftliche Zusammenschlüsse grundsätzlich an. Zwar sahen von Schweitzer und seine Anhänger Gewerkschaften und Streiks weiter nur nachgeordnet zur politischen Betätigung, doch für die Krefelder Führer um Wunderlich und Stocks bot diese Haltung eine Möglichkeit, unter den gerade in Aufruhr befindlichen Webern für die Partei und den Ende September in Berlin geplanten Allgemeinen Deutschen Arbeiter Congreß zu werben. Wunderlich konnte schließlich mit den Mandaten von 200 Webern und 400 weiteren Arbeitern die Reise nach Berlin antreten. Schon bei den vorbereitenden Versammlungen in Krefeld sprach man von Arbeitseinstellungen für den Fall, dass eine zehnpromtente Lohnerhöhung nicht genehmigt würde. Die zu gründende Organisation, so Wunderlich, sei endlich ein Gegengewicht gegen die Macht des Kapitals. Wunderlichs Auftritt beim Kongress in Berlin, der in Sitzungsprotokollen dokumentiert ist, macht indes deutlich, dass er weniger die sozialdemokratischen Ideen als korporative Vorstellungen der Weberschaft repräsentierte. Frauen gehörten seiner Ansicht nach nicht zur Arbeiterschaft, er plädierte für Zwangsmaßnahmen gegenüber denen, die sich nicht den allgemeinen Zunftbestimmungen anschließen wollten. Letztlich enthielt er sich der Stimme, als es um die Einführung einer zentralen Arbeiter-Organisation ging. Man sollte bald erfahren, was ihn dabei bewegte.

Wie die Weber und Arbeiter den heimkehrenden Delegierten empfangen, ist nicht überliefert. Sicher ist, dass Wunderlich in das Sperrfeuer der liberalen Crefelder Zeitung geriet. „Arbeit, Sparsamkeit und Bildung, das sind wie wir glauben, die einzigen Mittel, der großen Menge der Menschen ein menschenwürdiges Loos zu sichern“, schrieb der Redakteur und frühere Demokrat Franz Hauser. Alle anderen Versuche seien „falsche, lügenhafte und eigennützige Irrlehren“. Dies kann als Reaktion auf die harten Anschuldigungen gewertet werden, die Wunderlich in Berlin gegen die heimischen Unternehmer erhoben hatte. Diese, so hatte er beklagt, gingen gegen eine eigenständige Arbeiterbewegung an und planten mit dem „Verein gegen Seidendiebstahl“ eine Art Kartell der Arbeitgeber.

ERFOLGE AUF DEM LAND

Währenddessen blieb die so genannte weibliche Linie des alten ADAV, der abgespaltene LADAV, in Krefeld trotz dreier Versuche zwischen Ende 1868 und dem Frühsommer 1869 erfolglos. Umso ertragreicher liefen Werbeaktionen im Umland zwischen Krefeld und Mönchengladbach. Die Hatzfeldianer gründeten nach Versammlungen Zweigvereine in Rheydt, Breyell, Dülken, Süchteln und Oedt. Unterstützung kam aus den Orten Lobberich und Vorst. Im April 1869 meldete der in Mönchengladbach operierende Krefelder Kucks an die Zentrale des LADAV: „Es herrscht hier die größte Begeisterung für Lassalle und seine Lehren.“ Am 19. Dezember 1869 adelte die Mitgründerin Sophie von Hatzfeldt die Bemühungen der Niederrheiner mit einem Besuch des Süchtelner Arbeiter-Casinos, einer Art Vereinslokal, das die Mitglieder hatten gründen müssen, um sich re-

gelmäßig treffen zu können. Wirte hatten ihnen ihre Lokale verweigert.

GEGEN DIE MASCHINEN

Allerdings lagen die Gründe für die Begeisterung wohl in den ständischen Ideen der orthodoxen Lassalleaner. Sie forderten zwar das allgemeine gleiche Wahlrecht und wie ihr Vordenker die staatliche Unterstützung für Genossenschaften. Eine Revolution lehnten sie ab und viele Teilnehmer unterschrieben am 7. November bei einer Versammlung in Breyell eine Anti-Streik-Resolution. Als Redner später ausdrücklich die Einführung von Maschinen ablehnten und sich gegen die uneingeschränkte Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit der Handwerksgesellen aussprachen, schienen sie den Nerv der Zuhörer getroffen zu haben. Noch arbeitete das Gros der Weber auf dem Land an Handwebstühlen, doch die ersten Maschinenparks entstanden für alle sichtbar schon in Gladbach und Viersen in der Samt- und Baumwollverarbeitung. Dem katholischen Glauben mussten die Teilnehmer dieser Treffen nicht abschwören. So hielt der Oedter Bürgermeister Mooren fest, der LADAV-Redner Dohr habe gesagt, die Lassalleaner seien den religiösen, nicht aber den freimaurerischen Tendenzen hold. Der Vorsitzende Fritz Mende ging einige Jahre später einen Schritt weiter: „Wenn der Katholizismus es versteht, die Arbeiterfrage in die Hand zu nehmen, so wird der Katholizismus die Welt beherrschen.“ Die Geistlichkeit ließ sich von solchen Gunstbezeugungen nicht beeindrucken. Auf dem Land hatten sich die Geistlichen mit einer Bewertung der Lassalleaner lange zurückgehalten. Jetzt aber sahen sie in den Bestrebungen Mendes eine Konkurrenz.

LASSALLE-VEREHRUNG ALS RELIGION

Man muss die Jahreswende zu den 70er Jahren als Startpunkt der kritischen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus sehen. Dazu trug die ikonenhafte Verehrung Lassalles vor allem durch die Anhänger des LADAV bei. So schrieb das Vereinsorgan „Freie Zeitung“ 1867: „Lassalle war für die Sozialdemokratie, was Christus für das Christentum: Schöpfer, Leiter und erster Agitator.“ Mende sah in Lassalle einen, der „von seiner Höhe herniederstieg zu den armen, bedrückten Arbeitern, aus Liebe zur Menschheit ein Leben voll der Mühen...“ In Vereinsheimen zwischen Vorst und Breyell standen Lassalle-Büsten auf Podesten, Bilder des verstorbenen Vorsitzenden schmückten die Wände. Delegierte des Vereins, die auf dem Land agitierten, nannte man Apostel.

ZIELLENBACHS ACHTUNGSERFOLG

Einen Achtungserfolg bescherte der jungen sozialdemokratischen Bewegung in Krefeld 1869 ein alter Bekannter aus der 48er Zeit. Bei der Nachwahl zum Norddeutschen Reichstag am 8. September des Jahres trat der Wirt Hermann Ziellenbach für den wieder frisch vereinigten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Sein einziger Gegenkandidat: der Unternehmer und Nationalalliberale Ludwig Friedrich Seyffardt. Diese Frontstellung am Vorabend des deutsch-französischen Krieges und des Kulturkampfes sollte für Jahrzehnte das letzte Mal sein, dass die Sozialdemokraten ohne eine katholisch-klerikale Konkurrenz den Anspruch erhoben, die Arbeiterschaft in Gänze zu vertreten. Das Ergebnis, nach 13 Wahlversammlungen in drei Monaten, lag bei 33,5 % bei einer Wahlbeteiligung von 34,3% im Wahlkreis. Er

bestand aus der Stadt Krefeld und dem Landkreis Krefeld mit vielen später eingemeindeten Orten. Dabei war der Wahltag, ein Mittwoch, alles andere als günstig für die Arbeiterschaft. Auch andere Umstände lohnen eine genauere Betrachtung dieser Wahl: Zum einen tauchte Bernhard Wunderlich als Wahlunterstützer Seyffardts auf. Er versprach schriftlich, ihm die Mitglieder seines im Vorjahr gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbandes zuzuführen. Dieser kämpfte laut Statuten für die Ehre, materielles Wohl und Gleichberechtigung der Arbeiter, Arbeitseinstellungen lehnte er ab. Mehr als 40 Mitglieder soll der Verein nie gehabt haben.

Nach einer Versammlung am 13. Juni 1869 triumphtierte der Düsseldorfer Wilhelm Real in einer Depesche an den SOZIALDEMOKRAT, er „habe die Fahne der Social-Demokratie erneut am linken Rheinufer aufgepflanzt – in einer der bedeutendsten industriellen Städte der Rheinprovinz.“ Auch diese erste Versammlung nach Jahren wurde von der Polizei aufgelöst, weil einige Anhänger der Hatzfeldtschen Linie in den Ausführungen der Düsseldorfer Redner Provokationen gesehen und lautstark protestiert hatten. Immerhin war es gelungen, den Strumpfwirker August Friedrich als neuen Bevollmächtigten der gemeinsamen Filiale zu installieren. Er stammte aus dem thüringischen Apolda und hatte einige Jahre den ADAV in Köln geleitet. In den nächsten Wochen gaben sich die Redner der Partei die Klinke in die Hand. Der Elberfelder Karl Klein, der Weber Friedrich Obermann aus Neviges, auch der Leipziger Karl Freundsuh gehörte dazu. Ein Weberstreik in Brandenburg veranlasste die Krefelder Weber zu zwei Solidaritätsversammlungen, bei denen so-

gar Streikgeld für die Kollegen im Osten gesammelt wurde.

WAHLSTRATEGIE AUS PERSON UND PROGRAMM

Bezeichnend war die Wahlstrategie. Sie bestand aus zwei Teilen. Die erste basierte auf der Beliebtheit des Kandidaten, der sich seinen Zuhörern so vorstellte: „Ihr kennt mich alle. Wozu deshalb viele Worte? Die Hauptsache haben meine Vorredner gesagt. ... Ich würde in der großen Schmiede zu Berlin, wo die Gesetze geschmiedet werden, wenn es sich um Gesetze zum Besten der Arbeiter handelt, gehörig den Blasebalg ziehen.“ Teil 2 der Strategie bestand aus einem kompakten Wahlprogramm, das nicht nur die alten Lassalle'schen Forderungen, sondern auch schon Elemente des Programms der eben gegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SDAP) von August Bebel und Wilhelm Liebknecht enthielt. Als Vermittler der neuen Ideen dürfte Friedrich Obermann in Frage kommen, der als späterer Vertreter der SDAP-Linie in Krefeld offenbar schon früh mit den Schriften der beiden Anführer in Berührung gekommen war.

Den ersten Teil des Wahlprogramms beherrschte der Braunschweiger Entwurf des ADAV mit der Ablehnung einer bundesstaatlichen Ordnung und der Forderung nach einem deutschen Einheitsstaat, es folgen die gleichen und sozialen Rechte, freie Wahlen und Diätenzahlungen an die Abgeordneten, Wegfall aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommenssteuer. Die Berufsarmee solle abgeschafft werden, ein Volksheer an dessen Stelle treten. Die staatlichen Produktiv-Genossenschaften durften nicht fehlen, ebenso

Arbeitsschutzgesetze, Beschränkung bzw. Beseitigung der Frauen- und der Kinderarbeit. Privatbanken sollten abgeschafft werden, stattdessen forderten die Sozialdemokraten eine Volksbank sowie unentgeltlichen Unterricht für alle Kinder in den Volksschulen; den Abschluss machte die Forderung nach „Preßfreiheit“ sowie einem freien Versammlungs- und Vereinsrecht.

Die Diätenfrage sowie viele Punkte in der zweiten Hälfte des Statuts ähneln sehr der Programmatik Wilhelm Liebknechts in Eisenach. Bewusst dürfte die aus 32 Mitgliedern bestehende Programmkommission die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat ausgeklammert haben. Entsprechende Lösungsansätze der Eisenacher, nämlich die Trennung der beiden, insbesondere in der Schulfrage, hätte bei der Mehrheit der katholischen Wählerschaft wenig Anklang gefunden.

„Das Ergebnis ist für einen ersten Wahlkampf ganz gut“, resümierte Parteichef August Friedrich in einem Bericht an den SOZIALDEMOKRAT. Aus anderem Blickwinkel urteilte Oberbürgermeister Ondereyck: „... daß die systematisch betriebenen Agitationen in der hiesigen Arbeiterklasse einen fruchtbaren Boden gefunden haben. Es ist daher zu befürchten, daß bei späteren Wahlen... die hiesigen Arbeiter als eine compacte Parthei auftreten und ... einen besser beleumundeten und den Arbeitern zusagenden Kandidaten durchbringen werden.“

Diese Prognose sollte bis weit in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht zutreffen. Der Kulturkampf, die Sozialistengesetze und noch immer das stark durch die Handweberei geprägte Textilgewerbe sollte die Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung hemmen. Bemerkenswert war, dass

schon 1869 im Südwesten und im Westen der Stadt, da wo später „hinger de Bahndamm“ die Stammquartiere der Arbeiterschaft entstanden, eine Mehrheit für den Kandidaten Ziellenbach stimmte. Dort erzielte er teilweise 60 bis 70 Prozent.

FÜHRUNGSWECHSEL

Die auf diese Nachwahl folgenden Jahre waren durch ein Auf und Ab der Entwicklung geprägt. Immer wieder wurde die junge Parteiorganisation durch interne Querelen gebremst. Hin und wieder verschwand ein Kassierer mit den Beiträgen, ein Bevollmächtigter musste sich den Drohungen der Obrigkeit beugen und verließ die Stadt. 1870 zum Beispiel legte Polizeikommissar Viedebandt den Parteibetrieb lahm, indem er einen Verstoß gegen das Vereinsrecht zum Anlass nahm, sich den Bevollmächtigten Peter Stocks vorzuladen und zu verwarnen. Auffällig ist, dass bei allen Wechseln in der Führung doch eines immer gleich blieb. Die Mitgliederversammlungen, so berichtete Stocks freimütig, fänden in der Ziellenbachschen Bockhalle statt.

Selten zählte man mehr als 100 eingeschriebene Mitglieder, selbst nach der Vereinigung von ADAV und SDAP im Jahr 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD).

1870: FRÜHER KREFELDER APPELL

Auch am Niederrhein bewegte die Menschen die nationale Begeisterung für die Vereinigung Deutschlands nach dem 70/71er Krieg. Die Krefelder Sozialdemokraten hatten in einer Volksversammlung noch kurz nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 einen flammenden Aufruf „an die französischen Brüder“ ver-

abschiedet. Dieser frühe Krefelder Appell stellt eine Mischung aus Patriotismus und internationaler Solidarität dar, ersterer eher ein Kind der Lassalle'schen Bewegung, letzter klar die Haltung Bebels und Liebknechts. „Nieder mit dem Tyrannen Napoleon!“ heißt es einerseits, andererseits ist in dem Dokument, das der SOZIALDEMOKRAT abdruckte, viel von Brüderlichkeit, vom Bruderkuß und Brudermord durch Bruderhand die Rede. Die soziale Freiheit aller Völker stehe im Vordergrund. Die Ursache des heraufziehenden Krieges steht für die Krefelder Arbeiter fest: „Die jetzigen reaktionären Zustände haben ihn heraufbeschworen.“ Die ambivalente Haltung dauerte nicht lange. Oberbürgermeister Ondereyck hielt angesichts des allgemeinen Siegestaumels in seinem Quartalsbericht vom September 1870 fest: „Aller politischer Hader ruht und alle Parteien haben nur ein Streben.“ Das Kriegsende im Januar 1871 brachte Kritiker endgültig zum Schweigen. Die darauf folgende Gründerzeit mit hohen wirtschaftlichen Erträgen in der niederrheinischen Textilindustrie linderte die soziale Not und behinderte das Wachstum der jungen Gewerkschaftsbewegung. Unaufgefordert zahlten die Seidenunternehmer bis zu 25 % höhere Löhne an die Weber. Bis es 1875 zur Vereinigung zwischen ADAV und SDAP in Gotha kam, blockierten sich die Lassalleaner und die „Ehrlichen“ in einem zermürbenden Kleinkrieg gegenseitig. Die Sympathie für den Revolutionshelden Ferdinand Lassalle schwand am Niederrhein zwar nie, doch konnten sich die Anhänger der eher im Osten Deutschlands angesiedelten Eisenacher 1873 in Krefeld endgültig durchsetzen. Von diesem Zeitpunkt an gab es am Niederrhein nur noch die SDAP.

KULTURKAMPF UND HÖHENFLUG DES POLITISCHEN KATHOLIZISMUS

Zum Leidwesen der Sozialdemokraten und der Liberalen um Ludwig Friedrich Seyffardt beschäftigte die Menschen am Niederrhein von der Reichsgründung bis tief in die 80er Jahre hinein der Kampf der preußischen Regierung unter Kanzler Otto von Bismarck gegen die katholische Kirche und deren politischen Arm, das Zentrum. Seit 1873 trug diese Auseinandersetzung den Namen „Kulturkampf“. Bismarck hatte, beseelt von tiefem Misstrauen gegenüber der nationalen Zuverlässigkeit der „Ultramontanen“ seit 1871 zahlreiche antikirchliche Gesetze auf den Weg gebracht. Im Dezember wurde der „Kanzelparagraph“ ins Strafgesetzbuch aufgenommen, der Geistlichen unter der Androhung von Haftstrafen verbot, von der Kanzel herab staatliche Angelegenheiten kritisch zu erörtern. Das preußische Schulaufsichtsgesetz vom März 1872 schränkte den Einfluss der beiden christlichen Konfessionen auf die Schulen ein. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan unterwarfen die preußischen „Maigesetze“ von 1873 die katholische Kirche fast vollständig der staatlichen Reglementierung.

1875 führte die Regierung die Zivilehe ein. Das „Brotkorbgesetz“ verfügte die Einstellung sämtlicher staatlicher Zuwendungen an katholische Bistümer und Geistliche. Ferner wurde das katholische Vereins- und Pressewesen scharf überwacht und die staatliche Aufsicht über den Religionsunterricht deutlich ausgedehnt. Nach vielen Annäherungsversuchen erklärte Papst Leo XIII. erst 1887 die Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich für beendet.

Am katholisch geprägten Niederrhein verdrängte der Kulturkampf für mehr als ein Jahrzehnt die soziale Frage aus der politischen Diskussion. Das Zentrum als politische Partei entwickelte sich zu einem Sammelbecken, in dem sich bis tief in die Weimarer Zeit Arbeiter, Handwerker, Kleinbürger und einige wenige katholische Unternehmer verbündeten. Von 1871 an entschied das Zentrum alle Reichstagswahlen in Krefeld und in den benachbarten Landkreisen zu seinen Gunsten. Im Juni 1871 entstand der erst von Laien, später von katholischen Priestern geleitete Verein „Constantia“, der anlässlich eines Papstjubiläums im Sommer des Jahres 3000 Gäste in die Centralhalle lockte. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Mitglieder von 700 auf 2600. Unterstützt wurde die politische Bewegung durch ein eigenes Organ, die Niederrheinische Volkszeitung, und Kaplansblätter in Hüls, Uerdingen und St. Hubert.

RELIGION ALS PRIVATSACHE

In diesem Kirchenkampf mit der Frontstellung Kirchenvolk gegen Liberale wurden die Sozialdemokraten fast aufgerieben. Bis tief in die 80er Jahre hinein kamen ihre Kandidaten bei den Reichstagswahlen nur auf wenige hundert Stimmen, bildeten die dritte Kraft hinter den Ultramontanen und den Liberalen. Negativ wirkte sich aus, dass die vereinigte SAPD in ihrem Gothaer Programm die Religion als Privatsache bezeichnete und damit in der Diskussion einer Trennung von Kirche und Staat auf der Bismarckschen Linie lag. Vor allem dieser Dissens verhinderte auf Jahrzehnte ein Zusammengehen des Zentrums mit den Sozialdemokraten, obwohl beide an der Basis in wesentlichen Punkten der sozialen Frage übereinstimmten. Das Engagement vieler Kapläne in

der christlichen Arbeiterbewegung lässt sich aus der konfessionellen Gliederung der Gesellschaft am Niederrhein erklären. Noch immer rekrutierte sich die Unternehmerschaft aus dem Kreis der alten mennonitischen und protestantischen Familien. Die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum waren katholisch geprägt.

Die Forderungen des Mainzer Bischofs Emmanuel von Ketteler hatten wesentlich dazu beigetragen, dass das Zentrum für Arbeiter wählbar wurde. Der ehemalige Sozialdemokrat Bernhard Wunderlich, der sich Anfang der 70er Jahre als Spitzel des liberalen Reichstagskandidaten Seyffardt verdingte, schrieb diesem Mitte 1871 entsetzt: „Sie können sich kein Bild machen, wie man die Arbeiter – gegen Sie – aufstachelt. Nicht Seitens der Socialen, sondern Seitens der Clerikalen. Dieses geschieht in allen Localien, wo die Arbeiter arbeiten.“ Der Zentrumskandidat August Reichensperger forderte allgemeine gleiche Wahlen, Diätenzahlungen, Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit, wie es die Krefelder auch aus dem Programm der Sozialdemokraten kannten. Die neue Lage sorgte unter treuen Anhängern des alten ADAV für Zwist. Quer durch die Familie Ziellenbach ging ein Riss. Hubert Carl Ziellenbach wurde Mitglied des katholischen Wahlcomités, seine Brüder Hermann und Jakob sowie Hermanns Sohn Heinrich, alle drei von Beruf Gastwirt, blieben in der Arbeiterpartei.

LOHNBEWEGUNGEN UND STREIKS

Die Lohnbewegungen Mitte der 70er Jahre halfen anfangs der SDAP bei der Werbung neuer Mitglieder. Ein erfolgloser einwöchiger Färberstreik im Mai 1872 und die schlechte Konjunktur der Seidenbranche ab 1873 ließen die Bereitschaft

wachsen, sich zu organisieren. Der Sozialdemokrat Friedrich Obermann organisierte Ende Juni 1873 einen neuen Streik der Färber. Sie forderten eine Stunde weniger Arbeitszeit pro Tag (also 11 Stunden), 5 Silbergroschen mehr Lohn für Überstunden und 1 Taler mehr Lohn pro Woche. Noch am selben Tag berieten ca. 1000 Krefelder Weber über Lohnforderungen von bis zu 50 % und über einen genossenschaftlichen Zusammenschluss. Anfang Juli traten rund 600 Färber in den Streik, angeführt von dem Sozialdemokraten Karl Buttermann, der in Zeitungsannoncen und Briefen die Kollegen in auswärtigen Betrieben dazu aufrief, Seide aus Krefeld nicht mehr zu verarbeiten. Auch dieser Streik blieb ohne positive materielle Folgen für die Färber.

ERSTE GEWERKSCHAFTSGRÜNDUNGEN

Die Lohnbewegung der Weber endete ebenfalls erfolglos, führte aber am 2. Juli 1873 zu einem ersten gewerkschaftsähnlichen Zusammenschluss unter dem Namen Niederrheinische Weber Union (NWU). Die ersten 1500 Mitglieder waren hier zuvörderst niederrheinische Handweber, die noch immer unter den rund 33.000 registrierten Textilarbeitern dominierten. Ziel war die Sammlung für einen Streikfonds, um bei künftigen Ausständen längeren Atem zu haben. Ausdrücklich hoben die Gründer hervor, „unsere Sache ist eine gewerbliche und wir fragen nicht nach der politischen Meinung unserer Mitglieder. Alle sind willkommen, Klerikale, Liberale und Social-Demokraten.“ Neben einem eigenen Konsumverein entstand am Ende des Jahres eine Produktionsgenossenschaft, bei der Weber ihre Kette abholen und wieder abliefern konnten. Allerdings führte die Unerfahrenheit der Weber im komplizierten

Seidenhandel zu einem schnellen Ende dieses Versuchs. Der Konsumverein wandelte sich 1877 in eine gemeinsam betriebene Schankwirtschaft um. Schnell schwand der Einfluss der sozialdemokratischen Mitgründer. Ende 1874 sind sie unter den Vorstandsmitgliedern nicht mehr zu finden. Die Arbeitgeber hatten der Bewegung insofern die Spitze gebrochen, als sie einem Verhandlungskomité verkündeten, nur mit den „eigenen“ Arbeitern ihrer Firmen zu verhandeln.

Die hohe Arbeitslosigkeit in der Gründerkrise ließ die Solidarität unter den Arbeitnehmern sinken. In den Akten des Oberbürgermeisters Roos aus dem Jahr 1873 findet sich ein Bittgesuch der Weber, sie bei ihren Forderungen zu unterstützen. 1874 bis 1877 unternahm führende Sozialdemokraten mit dem Niederrheinischen Weberbund einen neuen Versuch, die Weber gewerkschaftlich zu organisieren. Einige hundert Mitglieder, verteilt über Filialen am Niederrhein sowie eine „Gewerkschafts-Zeitung“ waren das Ergebnis. Deren Redakteure mussten sich oft gerichtlicher Verfolgung erwehren. Peter Stocks und Wilhelm Roepke hatten infolge dessen drei Monate bzw. 5 Tage Haft abzusetzen. Das beschleunigte das Ende dieser Initiative, ab dem Sommer 1877 registrierten die aufmerksamen Behörden nur noch eine Niederlassung des NWB mit 28 Mitgliedern in Anrath. Viele Weber, so der Mitorganisator Hermann Schröers aus Süchteln, hätten ihm privat ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet, doch der Druck durch die Arbeitgeber lasse sie vor dem Eintritt zurückschrecken.

REICHSTAGSWAHLEN UND VERSCHÄRFTE ÜBERWACHUNG

Die Reichstagswahlen des Jahres 1874 zeigten die wahren Kräfteverhältnisse: Zentrumsmann Reichensperger zog mit 9500 Stimmen (68,5 %) in den Berliner Reichstag ein, die Sozialdemokraten erhielten mit dem aus Ronsdorf stammenden Bandweber Karl Henning 2,6 Prozent. In der Stadt Krefeld hieß das konkret: 295 Stimmen, Fischeln zählte noch 43 Stimmen, Uerdingen, Osterath und Bockum kamen auf jeweils eine bis drei Stimmen. Der frühe Tod des gerade 24 Jahre alten Friedrich Obermann im Frühjahr 1874 schwächte die Krefelder Niederlassung der Eisenacher zusätzlich, sie zählte unter ihrem neuen Vorsitzenden Josef Buchbender noch 12 Mitglieder. Ein Übriges tat die abermalige Verschärfung der Aufsicht durch die Polizei, die zu Verhaftungen von Rednern und Schließungen einzelner Filialen wie der in Süchteln mit immerhin 40 Mitgliedern führte. Dem dortigen Verein „Arbeiter-Casino“ ging dabei das Lokal verloren. Im Wahlkampf 1877 kamen zur einzigen Krefelder Wahlveranstaltung noch 80 Zuhörer, der Redner aus Hamburg wurde wegen Majestätsbeleidigung vorübergehend festgenommen, später in zwei Instanzen aber freigesprochen. Ganze 81 Stimmen zählte das Wahlergebnis für die SAPD im Stadtgebiet, im Wahlkreis 102, das entsprach einem Anteil von noch 0,7 Prozent. Parteisekretär Ignatz Auer fasste beim Gothaer Kongress der Gesamtpartei im Mai 1877 die Lage im Rheinland so zusammen: „Die Ursachen hiervon sind bekannt und liegen theils im Kulturkampf, theils aber in unseren eigenen inneren Parteiverhältnissen jener Gegenden, deren Gestaltung und Eigenart übrigens nicht Folge von Vorgängen aus den letzten Jahren ist.“

ERSTE SOZIALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

Am 1. Juli 1877 kam die Antwort der Zentrale auf die katastrophalen Verhältnisse am Niederrhein. Die Freie Niederrheinische Zeitung erschien zum ersten Mal als Kopfblatt der Bergischen Volksstimme in Elberfeld. Von dort kam auch der erste Redakteur Gottlieb Grünewald nach Krefeld, dessen Nachfolger Theodor Daschner wurde.

Irritiert fragte die klerikale Niederrheinische Volkszeitung „Wer ist Grünewald?“. In ihrer ersten Nummer antwortete die „Freie Niederrheinische Zeitung“ augenzwinkernd: „Man denke sich den Kopf des Kladderadatsch, koloriert auf einem ungeheuren Schmerbauch, welcher sich nicht allein fortbewegen kann. Gesicht glatt rasirt, wie es im Gefängniß zu geschehen pflegt. Fresser und Weinsäufer. Unverheiratet, ein wahres Paschalben wird geführt, seine stillen Verehrerinnen schweben in steter Gefahr.“

Nur einige lokale Artikel und Kommentare entstanden direkt in Krefeld, ab November wurde die Ausgabe hier gedruckt. Das reichte für den Selbsterhalt nicht aus. So berichtete Ignaz Auer schon einen Monat nach Gründung an Wilhelm Liebknecht: „Unsere Lokalblätter krachen wieder an allen Ecken... in Duisburg müssen wir den Redakteur bezahlen und nach Essen einen Zuschuß geben dito nach Hagen und Crefeld.“

Der Wildwuchs der Parteiblätter war Thema des Parteitages im Mai 1877 gewesen, als man 18 Neugründungen zählte. Kurz nach dem ersten Erscheinen benannten die Krefelder ihr Blatt in Niederrheinische Volksstimme um und stimmten einem Beschluss einer Konferenz vom 2. September in Duisburg zu, dass bei wirtschaftlichem Misserfolg der lokale Ortsverein für die Verluste

aufkomme. Das Verbreitungsgebiet wurde auf die Wahlkreise Krefeld, Kempen, Mönchengladbach und Aachen ausgedehnt.

Mehr als 300 Bezieher in der Woche zählte das Blatt anfangs nicht, ca. 40 % saßen in Krefeld. Der Druck wurde an unabhängige Unternehmer vergeben, Redaktion, Anzeigenverkauf und Verlagsmanagement lag in Händen von Sozialdemokraten. Das scharfe preußische Pressegesetz sorgte dafür, dass vor allem die Redakteure ständig mit einem Bein im Gefängnis saßen. Daraus entwickelte sich die Rolle des so genannten Sitzredakteurs, dessen Name im Impressum stand, damit im Falle einer gerichtlichen Verfolgung jemand die Gefängnisstrafe antreten konnte, ohne den Redaktionsbetrieb zu gefährden. Infolgedessen tauchten in den gerade mal 15 Monaten der Existenz nacheinander vier Redakteure auf: Gottlieb Gründewald, Josef Buchbinder, Jakob Ziellenbach, Theodor Daschner. Allein Grünewald und Daschner mussten wegen „Preßvergehen“ für jeweils drei Monate in Haft.

SCHWERPUNKT „SOZIALE FRAGE AM NIEDERRHEIN“

Schwerpunkt der Berichterstattung lag auf der „sozialen Frage am Niederrhein“ und hier besonders auf der Lage der Weber und ihrer finanziellen Sorgen. Vorbild für eine neue Gewerkschaftsbewegung sei die rheinisch-westfälische Bergarbeiterorganisation, zu deren Forderungen eine faire Behandlung durch Arbeitgeber, der Acht-Stunden-Tag, freie Sonn- und Feiertage sowie Lohnerhöhungen gehörten. Aber nur die Punkte 1 und 4 seien für die Weber durchsetzbar, resümierte der Autor. Er plädierte für eine freie genossenschaftliche Assoziation. Neben dieser alten

Forderung Lassalles geisterte dessen Theorie vom ehernen Lohngesetz noch durch den einen oder anderen Artikel. Einen schweren Stand hatten die Redakteure im Kampf gegen das Zentrum. Immer wieder versuchten sie den „Religionshader“ als Ablenkungsmanöver gegen die eigentlichen sozialen Probleme der Zeit zu entlarven. Frei nach Marx lautete ein Argument, die „herrschenden Klassen“ setzten die Religion als Mittel gegen den Sozialismus ein. Die Reaktion kam prompt: In der Gemeinde Vorst warnte ein Kaplan von der Kanzel herab davor, die Niederrheinische Volksstimme zu lesen. Der Zeitungsexpedition in der Marktstraße 62 war eine kleine sozialistische Buchhandlung angegliedert, dazu gehörte auch das „Verkehrslokal“, geführt von Jakob Ziellenbach, dem Bruder Hermann Ziellenbachs.

NEUER VEREIN

Der nicht nachlassende polizeiliche Druck ließ das Parteileben in Krefeld bis Herbst 1877 erlöschen. Der neue Agitator Theodor Daschner folgte den Empfehlungen des letzten Parteitages und gründete im Januar 1878 einen „Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Crefelds“. Zweck des Vereins war die Selbstbestimmung des Volkes auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens. 20 Pfennig betrug der Mitgliedsbeitrag, inoffiziell, so stellten die Behörden fest, gelte für die 28 sozialdemokratischen Mitglieder das Gothaer Programm. Vorsitzender wurde der aus Oedt stammende Seidenweber Franz Horster. Der Verein traf sich nur bis zum 25. März, seine führenden Mitglieder Daschner und Grünwald wurden mit Hilfe des Presse- und Vereinsrechtes für Monate aus dem Verkehr gezogen.

DAS SOZIALISTENGESETZ

Hatte schon die herkömmliche Gesetzgebung ausgereicht, um das sozialdemokratische Vereinsleben bis Mitte des Jahres 1878 weitgehend lahm zu legen, so sorgten die Vorbereitung und erst recht die Exekution des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, das im Oktober desselben Jahres im Reichstag verabschiedet wurde, für ein vorläufiges Ende allen öffentlichen Parteilebens. Dabei waren es gar keine Sozialdemokraten gewesen, die im Mai und im Juni des Jahres Attentatsversuche auf Kaiser Wilhelm I. unternommen hatten. Otto von Bismarck nutzte die aufgeheizte Stimmung dieser Monate, um sich eines unangenehmen politischen Gegners für Jahre zu entledigen.

DRAMATISCHE VERÄNDERUNGEN IN DER TEXTILINDUSTRIE

Am Niederrhein begannen parallel zu den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes dramatische soziale Veränderungen. Während im Reich der Industrialisierungsschub einen Anstieg der Reallöhne bewirkte, nahm die Krefelder Textilwirtschaft einen anderen Gang. Die in den 80er Jahren vorangetriebene Mechanisierung der Webstühle, der daraus folgende Fabrikbetrieb mit rationeller Fertigung sorgten für einen erneuten Anstieg der Armut, Arbeitslosigkeit und Not in den Textilgebieten am linken Niederrhein. Die Dramatik der Veränderung ergibt sich durch folgende Zahlen: Vor dem Siegeszug des mechanischen Honnegger-Webstuhls produzierten 1880 noch 33.800 Handwebstühle für Krefelder Firmen. Vor Kriegseintritt 1914 waren es noch 2000, dagegen dominierten 8500 Maschinenstühle.

1881 standen beispielsweise in Hüls von 1579 Stühlen 609 still, 1000 der 6000 Einwohner verfielen

der Armenpflege. In Anrath waren die Weber auf Samtproduktion spezialisiert. Dort waren im Februar 1881 zwei Drittel aller 1200 Webstühle außer Betrieb, 100 Familien mussten versorgt werden. Ähnlich erging es den Webern in Kempen, Oedt, Süchteln, Viersen und St. Tönis.

Dies führte zu einer intensiven Nahwanderung vom Land in die Stadt. 1888 war die Grenze zur Großstadt mit 100.000 überschritten. Nebeneffekt: Der Anteil der Katholiken wuchs weiter, von zwei Drittel auf vier Fünftel bis zum Ende des Jahrhunderts. Die große Zahl der jetzt in der Industrie benötigten Hilfskräfte bewirkte bei den 16- bis 30-Jährigen eine Frauenmehrheit von 3,5 %.

REAKTION DER ARBEITGEBER

Zurück zu den Ereignissen des Frühsommers 1878: Auch in Krefeld schlug nach den Attentaten die Sympathie für den Kaiser, die sich in Telegrammen der Honoratioren mit Genesungswünschen äußerten, in Forderungen nach Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie um. Offenbar ernteten die Behörden sogar Verständnis, als sie Wirte zwangen, unter Hinweis auf das bald kommende Gesetz ihre Lokale für Versammlungen der Genossen nicht mehr herzugeben.

Noch vor den ersten harten Auflagen der Obrigkeit reagierten die Arbeitgeber. Der so genannte Langnamverein („Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland & Westfalen“) verabschiedete am 24. Juni in Düsseldorf vier Resolutionen. An führender Stelle unter den 600 Anwesenden fand sich der Krefelder Kommerzienrat Alexander von Heimendahl. Nach emotional aufgeheizter Debatte zum Thema „Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen“ kam es unter anderem

zu folgendem Beschluss:

„Die heute versammelten Vertreter industrieller Werke Rheinlands und Westfalens sind im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegen sich und ihre Arbeiter gewillt... zu handeln, und so sehr sie nach wie vor bestrebt bleiben werden, die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu fördern, so unnachsichtlich werden sie alle unlauteren Elemente ausmerzen.“ Der Düsseldorfer Regierungspräsident übersetzte das rückblickend so: „Das Vereinswesen der Socialdemokratie war bereits stark erschüttert worden durch unter den Arbeitgebern verabredete und meistens auch durchgeführte Vereinbarungen, alle an socialdemokratischen Agitationen beteiligte Arbeiter zu entlassen.“

Das zentrale Parteiorgan „Vorwärts“ in Berlin empfahl seinen Lesern daraufhin, sie sollten ihr Ehrenwort, ihre Unterschrift geben, um etwas zu versichern, was die Unternehmer von ihnen verlangten. Dies sei mit einem unter der Folter erpressten Geständnis zu vergleichen.

WAHL OHNE WAHLKAMPF

Die Reichstagswahl Ende Juli brachte für die Krefelder SAPD 467 Stimmen oder 3,3 Prozent, ihr Kandidat Moritz Rittinghausen stammte aus Köln und war ein alter Weggefährte von Marx und Engels. Der Wahlkampf hatte faktisch für die Sozialdemokraten nicht stattgefunden, stattdessen hatte es Hausdurchsuchungen bei Vereinsmitgliedern gegeben. Am 1. November 1878 verschwand die erste sozialdemokratische Zeitung wieder von der Krefelder Bühne. Sie wurde als letztes Blatt der Parteipresse im Regierungsbezirk Düsseldorf verboten. Zu diesem Zeitpunkt zählte man noch 200 Abonnenten. Die beiden „Berufs-

politiker“ Grünewald und Daschner verloren darüber ihre Existenzgrundlage und mussten die Stadt verlassen. Daschner hatte noch versucht, einen Schriftenhandel aufzuziehen und am Niederrhein eine neue Weberzeitung herauszugeben. Da er keinen Gewerbeschein besaß, erließ die Polizei einen Steckbrief, mit dem der Mann im dunklen Anzug mit dem „breiträndrigen schwarzen Filzhut“ gesucht wurde. Gerüchte besagten, er habe sich in die Schweiz abgesetzt und mit den Anarchisten sympathisiert.

GEHEIMORGANISATION UND ZEITUNGSSCHMUGGEL

Das Sozialistengesetz zwang die junge Partei zu völlig neuen Arbeitsweisen. Nur noch die Reichstagsabgeordneten durften einigermaßen frei operieren, alle Presseerzeugnisse und parteiähnlichen Zusammenschlüsse waren streng verboten. Von der Schweiz und später von London aus zog der rote Feldpostmeister Julius Motteler einen illegalen Zeitungsvertrieb auf, der den Versand und den Schmuggel der Parteizeitung „Der Sozialdemokrat“ ab September 1879 ermöglichte. Dazu gehörte ein ausgeklügeltes Spitzelsystem, eine Art Gegenspionage gegen die Bemühungen der besonders hartnäckigen preußischen Polizei. Das hatte mit einem Geheimbund, wie die Behörden argwöhnten, nichts zu tun. Im Gegenteil, in Städten wie Krefeld wurde darauf Wert gelegt, dass bisher unbescholtene Bürger in das Korrespondentennetz einbezogen wurden, die sich auf den Zeitungsvertrieb beschränken sollten. Anfangs übernahm diese Rolle am Ort Josef Buchbender, der schon einmal die Parteifiliale geleitet hatte.

Die Agitation unter diesen widrigen Umständen war keinem örtlichen Parteivertreter zuzumuten. Hierzu betreten neue Abgesandte aus Mainz, Hamburg, Hannover und den Niederlanden die Bühne. Ohne eine zentrale Führung entwickelten sich die illegalen Parteiorganisationen in den ersten Monaten sehr eigenständig. So entstand unter der Führung von Julius Most auch ein anarchistischer Flügel in der Schweiz, dem sich im Wuppertal einige Anhänger anschlossen. Am Niederrhein habe es solche Sympathien auch gegeben, hieß es auf dem Parteitag im schweizerischen Wyden 1880.

Die Szenerie glich in den nächsten Jahren einem Räuber-und-Gendarm-Spiel. Briefe, beschrieben mit Geheimtinte, wechselten zwischen der Schweiz und Deutschland hin und her. Die Krefelder Absender trugen illustre Codenamen wie „Seidenwurm I“ und „Seidenwurm II“, „Nikodemus“ oder „Der Bekannte“. Dahinter verbargen sich unter anderen der Niederländer P.A. Moritz, Dietrich Schmitz aus dem Elsaß, Josef Buchbender und Fritz Mohs.

RELAISSTATION KREFELD

Im Wesentlichen ging es in der Korrespondenz um den Vertrieb der Zeitungen. Krefeld entwickelte sich zu einer Relaisstation. Man nutzte den Weg über die holländische Grenze, wo Moritz auf der anderen Seite in Venlo Pakete mit den Erzeugnissen „Sozialdemokrat“ oder „Der Ausgewiesene“ bestellte und teilweise durch professionelle Grefrather Schmuggler herüber transportieren ließ. Die bekamen viel Geld dafür, dass sie bis zu 40 Kilo schwere Pakete durch Eis und Schnee im Zickzack über die Grenze schleppen mussten (Beispiel: 15 Mark für 23 Kilo). In Krefeld blieb es bei

zwischen fünf bis acht Abonnements, die unter den Genossen herumgereicht wurden. Das Abonnement kostet pro Quartal 4,40 Reichsmark, später 5,40. Wegen der Funktion als Relaisstation laufen in summa Beträge bis zu 200 Reichsmark als Schulden in Krefeld auf. So beklagt sich dann der Statthalter Mohs 1889 über seine beiden Vorgänger: „Schulden machen und dann gehen ist keine Kunst und andere schlecht machen auch nicht.“ Die ständige Bedrohung durch mögliche Überwachungen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen sorgte offenbar auch für Streit unter den Genossen.

Was es unter diesen Umständen bedeutete, sich für seine Ideen einzusetzen, wie es einem dabei privat und wirtschaftlich erging, lässt sich an der Biografie eines Protagonisten der Jahre 1880 bis 1895 ablesen.

Unser Mann kommt als unehelicher Sohn der Regine Eleonore Heuer am 16. September 1857 in Ummeln bei Hildesheim zur Welt. Er heißt laut Eintrag im Standesamt Carl, Conrad, Christian Heuer. Sein Vater ist unbekannt, seine Mutter, geboren 1829, ist von Beruf Dienstmagd. Bei seiner Ankunft in Krefeld, am 9. Juni 1879, heißt er nicht mehr Heuer, sondern er nennt sich Carl, Conrad, Christian Wesch, manche Behörden schreiben auch Wäsch.

Wesch reist aus Bocholt in Westfalen heran, er wird jetzt, mit 21 Jahren, schon als Dissident geführt, ist also aus der Kirche ausgetreten.

Er ist gelernter Schreiner und er trägt bereits bei seiner Ankunft am Niederrhein eines der schlimmsten Attribute, die man im Kaiserreich, zumal während der Zeit der Sozialistengesetze erwerben kann: Agitator.

ANKUNFT IN KREFELD UND NEUAUFBAU

Als solcher mischt der junge Wesch das beschauliche Krefeld auf, dessen Oberbürgermeister noch kurz vor seinem Eintreffen berichtet hatte, dass in der Stadt nach Erlass des Sozialistengesetzes die Social-Demokratie gänzlich zum Erliegen gekommen sei. Im Januar 1881 organisiert Wesch, kaum angekommen, eine Konferenz der Werktätigen in seiner neuen Heimatstadt. Das scheint mit dem Gesetz nicht in Einklang gestanden zu haben. Er wird steckbrieflich gesucht, muss fliehen, nach Zürich, wohin er sich im Februar 1881 zurückzieht. Dort sitzt die Exil-Zentrale seiner Partei. Groß ist

die Wahrscheinlichkeit, dass sich Carl Wesch bei Julius Motteler und anderen das Rüstzeug für seine spätere Aufbauarbeit am Niederrhein geholt hat. Heute würde man sagen, er knüpfte sein Netzwerk. Das verhindert nicht, dass Wesch bei seiner Rückkehr nach Krefeld im September 1881 verhaftet und wegen Verstoßes gegen das Sozialistengesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wird. Noch einmal nimmt unser Agitator nach der Haft eine Auszeit, nämlich von August 1882 bis November 1883 in Hannover, bevor er dann am Niederrhein so richtig loslegt.

Im Frühjahr gründet und fördert er zahlreiche so genannte Fachvereine für Schreiner, Metallarbeiter, mechanische Weber und Schuster in der Stadt und ihrer Umgebung. Das trägt Carl Wesch den Ehrentitel „gefährlicher Parteiredner“ und den Eintrag auf der „Schwarzen Liste“ des Regierungsbezirks Düsseldorf ein. Solche Personen müssen observiert werden. Das dürfte den Gendarmen nicht leicht gefallen sein. Wesch ist seit 1885 als Wanderredner für das später im Bezirk des Agitationskomités Niederrhein liegende Gebiet zuständig. Dabei bescheinigen ihm die in jeder Versammlung Aufsicht führenden, dass er „jeden Schein der Gehässigkeit zu vermeiden“ weiß.

Seit spätestens 1886 führt er den Krefelder Deutschen Manufaktur-Arbeiterverein, vertritt diesen in Gera auf dem nationalen Kongress. Ein Jahr später kandidiert Wesch für die SPD in Duisburg und Mülheim/Ruhr bei den Reichstagswahlen. Erfolglos.

1888 schiebt Wesch die Gründung des Arbeiterbildungsvereins in Krefeld an und ein Jahr später hilft er bei der Entstehung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Ar-

beiter“, kurz Volksverein genannt. Noch bis 1892 wird er diesen Verein leiten, der wesentliche Vorfeldarbeit für die nach 1890 nicht mehr verbotene SPD leistet. Solche Initiativen und sein gutes Netzwerk werden dazu beigetragen haben, dass Wesch auch zum Internationalen Sozialistenkongress nach Paris 1889 entsandt wird. Er scheint auf den Geschmack gekommen zu sein und reist auch zu den Folgekongressen nach Brüssel (1891) und Zürich (1893).

Seine Führungsposition, aber auch seine hohe Mobilität stellt Wesch als Delegierter der SPD-Parteitage von Halle (1890), Erfurt (1891), Frankfurt (1894) unter Beweis. Damit nicht genug, ist er auch Teilnehmer der rheinisch-westfälischen Parteitreffen in Köln (1891), Koblenz (1892), Düsseldorf (1893) und Duisburg (1895).

Gewerkschaftlich ist der „Agitator“ breit aufgestellt. So schicken ihn die Mitglieder des DTAV (Deutscher Textilarbeiter-Verein) zum Internationalen Kongress nach Gent 1895, nachdem sie in Krefeld selbst eine Generalversammlung für Rheinland-Westfalen abgehalten hatten, die Wesch abermals als Delegierter besuchte.

WIRTSCHAFTLICHE EXISTENZ UND PARTEIARBEIT

Es gehörten Mut und Einfallsreichtum dazu, sich parteipolitisch zu betätigen und noch die eigene Existenz zu bestreiten. Die Agitatorenprämien fielen übersichtlich aus. Wesch war gezwungen, auf vielfältige Weise sein Geld zu verdienen. Es verstand sich von selbst, dass ihn kein Arbeitgeber in Krefeld und Umgebung einstellte. So verkaufte er Krawatten, zeitweise firmierte er als Schlipsmacher, nutzte bei seinen zahlreichen Rednertouren einerseits die Tarnung eines Handlungsreisenden,

andererseits diente ihm diese, um mit dem Verkauf der Waren den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Der preußische Staat tat alles, Weschs Vermögen durch drakonische Geldstrafen zu dezimieren. Zwischen 1882 und 1894 verurteilten ihn Krefelder, Uerdinger, Dortmunder und Düsseldorfer Gerichte in 20 Fällen – vier Mal waren es Gefängnisstrafen zwischen 14 Tagen und sechs Monaten, also eine Zeit gänzlich ohne Einkommen für die Familie – den Rest ließ sich der Staat in Mark und Pfennig auszahlen. Die Gesamtsumme der Geldstrafen beträgt in diesen zwölf Jahren überschlägig rund 400 Reichsmark, also rund 30 Mark pro Jahr, wobei es beispielsweise 1886 eine saftige Geldbuße in Höhe von 100 Reichsmark wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen gab, ein anderes Mal verlangte ein Dortmunder Gericht ebenfalls wegen Beleidigung die gleiche Summe ebenfalls auf einen Schlag.

Überlegt man, dass ein ungelernter Arbeiter zu dieser Zeit gerade mal auf 20 bis 25 Mark Wochenlohn kam, dann schien Carl Wesch seine Tätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes lieb und teuer zu sein.

PERSÖNLICHE KONSEQUENZEN

Was die Drangsalierungen für ihn persönlich bedeuteten, hat Wesch selten preisgegeben. In der katholischen Öffentlichkeit breit diskutierte Eheprobleme mit seiner ersten 1884 geheirateten Frau, der Mutter seiner beiden 1890 und 1891 geborenen Söhne, dürften zum Teil auf die vielfältigen Schikanen der Behörden zurückzuführen sein. 1894 ließ sich das Paar scheiden. Im Januar 1881 durchsuchten Beamte Weschs Wohnung in Krefeld ein erstes Mal. Der „leidenschaftliche

Social-Demokrat“, als welchen ihn der Polizeipräsident von Hannover 1881 charakterisierte, bekommt auch 1884, 1886, 1888 und 1889 zu Hause Besuch von der Polizei, die seine Habseligkeiten nach belastendem Material durchwühlt. Die „scharfe, aber unauffällige polizeiliche Überwachung“, die der Regierungspräsident in Düsseldorf über Wesch verfügt hatte, machte nicht vor der Wohnungstür Halt. Apropos Wohnungstür: Die auswärtigen Aufenthalte nicht mitgezählt, registrierten die Behörden in den 13 Jahren insgesamt zwölf verschiedene Adressen, zuletzt an der Friedhofstraße im Südbezirk.

Die Delikte, für die er zahlen oder sitzen musste, sind vielfältig. Das reichte vom Tragen eines Revolvers ohne Waffenschein, über das ungenehmigte Abhalten von Lotterien (zur Finanzierung der Gewerkschafts- und Parteikassen) bis hin zu Verstößen gegen das Impfgesetz und den ungenehmigten Betrieb einer Schankwirtschaft. Ansonsten galten die Strafen den klassischen Vergehen, derer sich ein Parteimann in der harten Zeit des Sozialistengesetzes schuldig machen konnte: öffentliche Beleidigung (des Kaisers oder seiner Institutionen) und immer wieder Verstöße gegen das Vereinsgesetz, das lag schon vor, wenn ein neues Mitglied des Vereins nicht umgehend der Behörde gemeldet wurde.

Auch Gotteslästerung wird geahndet. Carl Wesch gehörte zu den überschaubar wenigen Hundert in der katholischen Stadt Krefeld, die als Dissidenten registriert waren und dem Verein für Feuerbestattung und Freidenkertum zu einer eher kümmerlichen Existenz verhalfen. Seine deutliche Frontstellung gegen das Zentrum und die Geistlichkeit wird ihm das Leben nicht leichter

gemacht haben. Verstöße gegen das Impfgesetz rührten aus der nicht unberechtigten Agitation der Sozialdemokraten gegen die Pockenimpfung. Nicht die Impfung selbst, sondern die Methode, bei der es durch nicht sterilisierte Spritzen immer wieder zu tödlichen Infektionen kam, war Stein des Anstoßes und Gegenstand von Vorträgen.

ALS WANDERREDNER „EINE GEWISSE BERÜHMTHEIT“

Bei allem organisatorischen Eifer und rhetorischem Talent scheint Weschs Erfolg am Niederrhein nicht so überzeugend gewesen zu sein wie anderswo. Interessiert registrieren seine Überwacher, dass er immer häufiger in große industriell geprägte Nachbarstädte wie Elberfeld, Barmen oder Düsseldorf ausweicht. Auch in Hagen, Duisburg und Dortmund wird er als Redner gesichtet. In Barmen heißt es 1886 über ihn, er sei „eine allgemeinbekannte Persönlichkeit“, die als „Wanderredner und Redner der Socialdemokratischen Partei eine gewissen Berühmtheit erlangt“. Die Polizeikollegen in Elberfeld ergänzen einen Monat später: „Wesch ist ein gefährlicher Agitator, bei seinen Reden geräth er in Aufregung und wird leicht ausfallend.“ Das war der in diesen Fällen offenbar besonders sensible Elberfelder Obrigkeit zu viel: „Wesch wird in Elberfeld nicht mehr öffentlich als Redner zugelassen.“ Damit dürfte man auch vermeintliche Pläne Weschs zunichte gemacht haben, ganz nach Elberfeld zu ziehen, weil er auch ein sehr gutes Verhältnis zu dem dort führenden Sozialdemokraten Harm pflegte. Im Wuppertal blieb Wesch aktiv, half in Barmen den Genossen beispielsweise bei der Vorbereitung der Reichstagswahlen 1887. Gerade im Umfeld der Wahlen, so muss erkennbar zähneknir-

schend auch der Krefelder Oberbürgermeister eingestehen, arbeite Wesch in seiner Heimatstadt ebenfalls erfolgreich und sei maßgeblich für die verbesserten Abstimmungsergebnisse verantwortlich.

Besonders erfolgreich waren die Sozialdemokraten bei der Agitation zu Gunsten der Gewerkschaftsarbeit. Der Färberstreik von 1889, der sich durch das gesamte Rheinland bis hin ins Wuppertal zog, brachte Männern wie Wesch viele Sympathien. Zeitweise agierte er als eine Art Streikzentrale und hielt die Kommunikation zwischen den einzelnen Streikleitungen aufrecht. Fast bewundernd schreibt jetzt Krefelds Oberbürgermeister in einem Quartalsbericht 1889: „Wesch taucht überall auf. Scheut weder Kosten noch Mühen, neue Gewerk-Vereine hervorzurufen oder wieder zu beleben.“

So geizen die Behörden nicht mit Attributen, die dem Ministerium in Berlin die Brisanz der Agitation belegen sollen. Wesch, so der Regierungspräsident Düsseldorf 1892, sei „anerkannter Führer der hiesigen Socialdemokratie und der hervorragendste Agitator am linken Niederrhein.“ „Wäsch“, so heißt es in einem weiteren Bericht, „ist der Leiter der socialistischen Bewegung in Crefeld und als Agitator am ganzen Niederrhein bekannt.“ Er sei ein gefragter Parteiredner und der „intellectuelle Leiter“ des Volksvereins.

STREIT IN DER PARTEI

Solche Art der Anerkennung dürfte ihre Neider hervorgebracht haben. So vermerkt der Krefelder Oberbürgermeister im dritten Quartal 1892, dass „ein kleiner Kreis unzufriedener Genossen offenbar bemüht“ sei, „das Ansehen des Agitators Wäsch, welcher bisher unbestrittener Führer war

– und das seiner Freunde zu untergraben.“ Vielleicht bemerkt der Oberbürgermeister schon die Vorboten einer Debatte, die sich parteiweit in den nächsten Jahren entwickeln wird. Wesch galt als gemäßigt, sicherlich nicht als ein Anhänger der Kautskyschen Umsturz-Ideologie, wird wohl eher bei den Reformern oder späteren Revisionisten um Eduard Bernstein zu vermuten sein. Jedenfalls gilt ihm die Qualifizierung als „zahmer, bourgeois, polizeifreundlicher Genosse“, die einige Unbekannte über ihn 1894 verbreiten.

Erst recht nach dem Parteitag in Frankfurt 1895, bei dem Wesch angeblich entgegen seiner Direktiven als Delegierter gestimmt haben sollte, baute sich eine Opposition gegen ihn auf. Der Vorwurf wurde laut, Wesch säge „ihm unliebsame Genossen ab“, er fördere das Cliqueswesen und habe ein unsittliches Privatleben.

Das alles hat die Krefelder Polizeigewalt mit dem Oberbürgermeister an der Spitze gerne festgehalten und weitergeleitet. Man kann den Triumph des Verfassers folgender Zeilen fast spüren, wenn er schreibt: „Der bedeutendste hiesige Agitator, Schlipsmacher Carl Wäsch, hat sich am 13. November d.J. nach Nord-Amerika begeben, da er in Folge verschiedener Vorkommnisse – namentlich innerhalb seiner Familie – sich hier gewissermaßen unmöglich gemacht hat.“

IM EXIL

Carl, Konrad, Christian Weschs Karriere als Agitator und Parteifunktionär, als Redner, Delegierter und Sozialdemokrat endete also am 13. November 1895. An diesem Tag nämlich, so melden es auch die Zeitungen in Krefeld (die einen bedauernd, die anderen ironisch triumphierend) wandert Wesch nach Amerika aus. Er lässt sich in

New York nieder. Das Ankunftsregister in Ellis Island, der Sehnsuchtsinsel aller USA-Einwanderer vor Manhattan, gibt preis, dass unser Mann mit der „Maasdam“ aus Rotterdam am 25. November 1895 eingetroffen sei. Als Beruf gibt er Handwerker (Manufacturer) an. Er wolle in den Staaten bleiben, einen Wohnsitz kann er zu diesem Zeitpunkt noch nicht nennen. An seiner Seite reist seine zweite Ehefrau Olga Wesch ein. Sie ist mit 26 Jahren um einiges jünger als der mittlerweile 37 Jahre alte Ehemann.

Die Zensuslisten der US geben grob Auskunft über einige weitere Details des Auswanderers. Carl wird 1910 als Bürger von New York City vermerkt. Wie lange er das schon ist, wissen wir nicht. Aber er wohnt in Manhattan (Manhattan Ward 20) mit zwei Töchtern (11 und 14 Jahre alt) sowie seiner Frau Olga im eigenen Haus und arbeitet in einer Brauerei, als Cabinetmaker, also im alten angestammten Beruf als Schreiner oder Tischler. Vielleicht hat er Fässer oder Bierkästen hergestellt. Zwar gibt der Mann aus Germany bei der Einwohnerbefragung an, nur Deutsch zu sprechen, aber er wird als Amerikaner in der Statistik geführt. Ob und, wenn ja, wie er sich noch gewerkschaftlich oder gar politisch betätigt, geht aus den Unterlagen nicht mehr hervor.

Der Zensus bzw. die Volkszählung ist unerbittlich. Dienen beide doch in den ansonsten so liberalen Staaten von Amerika dazu, die Steuern einzutreiben. So erfahren wir über die Zensusliste von 1920, dass unser Mann jetzt nicht mehr Carl, Konrad, Christian, sondern kurz und bündig Charles heißt. Er gibt auch endlich an, das Englische zu beherrschen. Olga, die Tochter, ist am 21. Januar 1899 in New York zur Welt gekommen, sie ist 1920

noch ledig. Was aus Anna, der schon 1896 geborenen Tochter, geworden ist, erfahren wir nicht; auf jeden Fall wohnt sie nicht mehr in der New Yorker Wohnung der Eltern. Zum Haushaltseinkommen trägt jetzt nicht nur der Cabinetmaker bei, sondern auch Tochter Olga, die bei Heinz in der Ketchup-Fabrik als Dosenfüllerin beschäftigt ist. Über die beiden Olgas, leider nur über sie, erfahren wir noch anhand der Zensuslisten, dass sie auch im Kriegsjahr 1941 in New York leben, und zwar in der 92. Straße. Charles Wesch muss bis dahin offenbar schon verstorben sein.

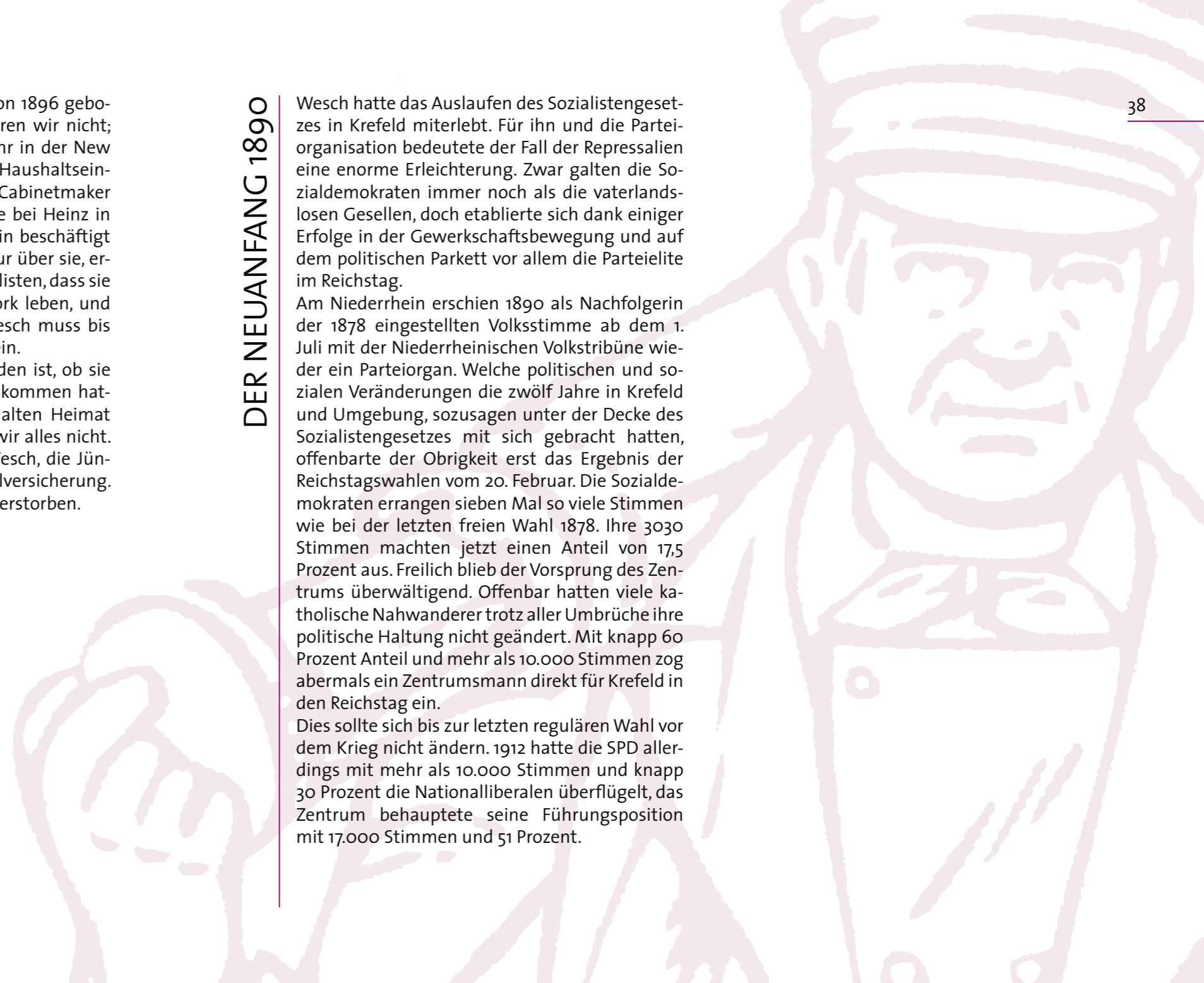
Was aus ihren Verwandten geworden ist, ob sie selbst eine Familie gründete, Nachkommen hatte oder gar die Beziehungen zur alten Heimat Deutschland gepflegt hat, wissen wir alles nicht. Eine letzte Nachricht über Olga Wesch, die Jüngere, gibt das Register der US-Sozialversicherung. Sie ist im April 1974, also 75-jährig verstorben.

DER NEUANFANG 1890

Wesch hatte das Auslaufen des Sozialistengesetzes in Krefeld miterlebt. Für ihn und die Parteiorganisation bedeutete der Fall der Repressalien eine enorme Erleichterung. Zwar galten die Sozialdemokraten immer noch als die vaterlandslosen Gesellen, doch etablierte sich dank einiger Erfolge in der Gewerkschaftsbewegung und auf dem politischen Parkett vor allem die Parteilite im Reichstag.

Am Niederrhein erschien 1890 als Nachfolgerin der 1878 eingestellten Volksstimme ab dem 1. Juli mit der Niederrheinischen Volkstribüne wieder ein Parteiorgan. Welche politischen und sozialen Veränderungen die zwölf Jahre in Krefeld und Umgebung, sozusagen unter der Decke des Sozialistengesetzes mit sich gebracht hatten, offenbarte der Obrigkeit erst das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Februar. Die Sozialdemokraten errangen sieben Mal so viele Stimmen wie bei der letzten freien Wahl 1878. Ihre 3030 Stimmen machten jetzt einen Anteil von 17,5 Prozent aus. Freilich blieb der Vorsprung des Zentrums überwältigend. Offenbar hatten viele katholische Nahwanderer trotz aller Umbrüche ihre politische Haltung nicht geändert. Mit knapp 60 Prozent Anteil und mehr als 10.000 Stimmen zog abermals ein Zentrumsmann direkt für Krefeld in den Reichstag ein.

Dies sollte sich bis zur letzten regulären Wahl vor dem Krieg nicht ändern. 1912 hatte die SPD allerdings mit mehr als 10.000 Stimmen und knapp 30 Prozent die Nationalliberalen überflügelt, das Zentrum behauptete seine Führungsposition mit 17.000 Stimmen und 51 Prozent.



„Was gibt's denn da zu feiern?“, fragte der Autor Peter Cardorff 1983 und fügte erklärend hinzu: Linke Festlichkeit von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Lustbarkeiten, Feste, Festumzüge waren auch den Krefelder Sozialdemokraten als Mittel der Geselligkeit recht. Und wer den Genossen von der Wiege bis zur Bahre begleiten möchte, der muss auch feiern können. Nicht zuletzt lässt sich an solchen Events am ehesten erklären, was es mit dem sozialdemokratischen Milieu auf sich hatte. Wir haben schon mehrfach von den rauschenden Festen in der Bockhalle Hermann Ziellenbachs gehört. Das wurde Tradition. 1869 ist die Rede von einem großen Arbeiterfest, das sich laut Einladung in drei Teile gliederte. Nach einer vormittäglichen Volksversammlung folgte am Nachmittag das Festprogramm, abends schloss sich im Lokal Sommerlust der Ball an. Die Darbietungen reichten von der Darstellung lebender Bilder, hier immer wieder beliebt das Duell Lassalles, über zwei Theaterstücke, geschrieben vom ADAV-Präsidenten von Schweitzer bis zur Enthüllung einer Büste des Vereinsgründers Ferdinand Lassalle. Selbstverständlich gab es Ansprachen auswärtiger Redner. Krönung des Ganzen sollte die Uraufführung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Marsches sein, den das Krefelder ADAV-Mitglied Julius Wenger komponiert und für die Aufführung eigens bearbeitet hatte sowie selbst dirigieren wollte. Der Festbericht sagt nichts über diese Premiere, erwähnt aber den Vortrag der Arbeiter-Marsaillaise von Jakob von Audorf. Ein solches Fest, so der Rezensent, habe es seit Jahrzehnten nicht gegeben und vor allem die Damenwelt sei von dem abschließenden Festball begeistert gewesen.

EIGENER FESTKALENDER

Im Laufe der Jahrzehnte entstand im Kontrast zum offiziellen Feierkanon im Kaiserreich ein sozialdemokratischer Festkalender. Statt Sedanfeier und Kaisers Geburtstag erinnerte man sich Lassalles Tod am 2. September, der Märzrevolution des Jahres 1848 oder gedachte der Opfer der Pariser Kommune von 1871, in Krefeld gesellte sich wegen der günstigen Konstellation von bis zu drei freien Tagen schon seit den 70er Jahren der Pfingstausflug aufs Land oder in den Forst hinzu. Am Pfingstmontag 1887 entdeckten zum Beispiel die entgeisterten Polizeigendarmen des Kreises Krefeld auf den Süchtelner Höhen eine Festveranstaltung von 200 Personen im Freien. Nach deren Vertreibung mussten sie feststellen, dass dieselben, Sozialdemokraten aus Mönchengladbach, Krefeld, St. Tönis, Hüls, Lobberich, Dülken und Viersen, sich mittlerweile im Oberen Saal der Wirtschaft Steinraths in Süchteln niedergelassen hatten. Überrascht waren die Beamten von der guten Organisation der Veranstaltung. Schon auf den Bahnhöfen in Viersen und Süchteln hatten Ordner den Ankommenden den Weg gewiesen und auf die Polizei geachtet. Seit den 90er Jahren nutzte man den 1. Mai, um mit einer Art Demonstrationzug auf die Forderungen nach Arbeitsschutz und den Acht-Stunden-Tag aufmerksam zu machen.

BEERDIGUNG ALS DEMONSTRATION

In der Zeit des Sozialistengesetzes konnten sogar Beerdigungen zu einer politischen Demonstration werden. Gewarnt durch ein ähnliches Vorkommnis in Frankfurt, wo Polizeibeamte 600 Teilnehmer eines Leichenzuges auseinandergetrieben hatten, überwachte die Krefelder Polizei das Begräbnis des jungen Schneidergesellen Franz Zeiger, der am 3.

Oktober 1886 nach einem Geleit von St. Dionysius zum Friedhof bestattet werden sollte. 70 Personen folgten dem Sarg auf dem Weg, der durch Beamte flankiert war. Dennoch war es dem Parteiführer Dietrich Schmitz gelungen, einen roten Kranz mit Schleife und der Inschrift „Gewidmet von den Crefelder Socialdemokraten – Du schafftest für Andere Gut und Geld und warst doch selbst auf nichts gestellt“ in Papier gewickelt auf den Friedhof zu schmuggeln. Die Polizisten hinderten ihn allerdings daran, den Kranz in das Grab zu werfen und verboten ihm anschließend eine Ansprache. Ihm blieb noch, sich die Schaufel zu greifen und mit den Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Erde in das Grab zu schütten. Gewissenhaft hielt der aufsichtführende Beamte fest, dass er dem Schmitz bei dem Wort „Brüderlichkeit“ die Schaufel entrissen, so dass er dieses Wort nur noch im Weggehen habe aussprechen können. Für die Schneider legte der Genosse P. A. Moritz noch einen neutralen Kranz nieder, dann wurden alle Sozialdemokraten vom Grab weggedrängt und des Friedhofs verwiesen. Sie hätten dann eine dreiviertel Stunde in einem nahen Lokal bei einander gesessen – unter polizeilicher Bewachung.

48ER TRADITION UND LASSALLE-VEREHRUNG

Am 17. März 1873 nutzte der Düsseldorfer Redner August Dreesbach vor 500 Zuhörern den Anlass des Gedenkens an die erste deutsche Revolution, um die Nationalliberalen als „Verräter von 1848“ zu schelten. Eingebettet war der Festvortrag abermals in die Vorführung theatralischer Akte und lebender Bilder mit dem Duell Lassalles. Dazu kam jetzt auch die dramatisierte Erschießung Pariser Kommunisten. Besonders hebt der Beobachter das bengalische Feuer hervor, das den ganzen Abend in der

Ziellenbachschen Bockhalle gebrannt habe. 1881 sollte eine Lotterie dafür sorgen, dass der Wahlkampf ohne höhere Verluste finanziert werden konnte. Die 300 Glückslose, die auch an Kölner und Solinger Anhänger verkauft wurden, fanden reißenden Absatz, obwohl der Hauptgewinn nur in einem Paar roter Plüschpantoffeln bestand. Ferner gab es Schriften Lassalles zu gewinnen. 1887 betrat am 11. April ein Gendarm das Lokal des Wirtes Grefertz in Neersen-Vennheide zwischen Mönchengladbach und Krefeld. Etwa 200 feiernde Sozialdemokraten, davon 100 aus Krefeld, habe er dort angetroffen, schrieb der Beamte in seinem Bericht. Den Hintergrund kannte der Polizist nicht, er hörte nur noch den letzten Satz eines Gedichtvortrags: „Es lebe Ferdinand Lassalle.“ Alle Krefelder fuhren mit dem Zug um 18.52 Uhr von Anrath zurück. Wie sich herausstellte, hatten die Niederrheiner den Ausflug genutzt, um den Geburtstag von Lassalle am 11. April 1825 zu begehen.

PARALLELTWELT

Die Parallelwelt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung weitete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Herstellung und Beschaffung von Lebensmitteln aus. 1901 gründeten sich die Konsumgenossenschaften „Fortschritt“ und „Solidarität“, die später zur Konsum- und Produktionsgenossenschaft Niederrhein fusionierten. Am Niederrhein gab es bis 1931 rund 50 Verkaufsstellen und 10.000 eingetragene Mitglieder. Die Genossenschaft sorgte nicht nur für Brot (in der Fabrik an der Ritterstraße) und Getränke aus eigener Herstellung, sie gab vielen Familien auch Arbeit und besaß eine eigene Bauhütte.

ROLLE DER FRAU

Zum Vereins- und Parteileben gehörten neben Vorträgen auch Bibliotheken. Von der kleinen sozialistischen Buchhandlung in der Marktstraße war bereits die Rede, in den 80er Jahren entstand noch eine „tüchtige Bibliothek“, in der es neben politischer auch Unterhaltungsliteratur gegeben haben soll. Der Agitator Wesch vergisst nicht zu erwähnen, dass man in Krefeld gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes durch die Pflege des geselligen Lebens viel erreicht habe, namentlich „bei den Frauen, die wirksame Agitatoren für unsere Sachen sind.“

Ja, es stimmt: Die einzigen, die im 19. Jahrhundert den Frauen in irgendeiner Weise die Möglichkeit boten, sich politisch zu betätigen, waren die Sozialdemokraten. „Sozialistisch gesinnte Frauenspersonen“ seien bei ihnen als Rednerinnen zugelassen, hielt die örtliche Polizei verächtlich fest. So spricht am 13. Mai 1895 Clara Zetkin vor 200 Zuhörern in Krefeld. Sie war von 1891 bis 1917 Herausgeberin der SPD-Frauenzeitung „Die Gleichheit“ und eine der engagiertesten Frauenrechtlerinnen ihrer Zeit. Auch in Krefeld lasen einige Frauen die Zetkinsche Zeitung. Der kleine Aurel Billstein trug damals im Auftrag seiner Mutter Paula „Die Gleichheit“ zu den benachbarten Genossinnen in die Familien Dittges, Dyk und Friedrichs, wie er sich fast 75 Jahre später erinnerte.

Doch die Rechte der Frauen standen auch bei den Krefelder Sozialdemokraten vor 1914 nicht besonders hoch im Kurs. Käthe Knops, die spätere Käthe Hellenbrock, erinnerte sich, dass es vor dem Ersten Weltkrieg gerade mal „ein Bäckerdutzend“ (also um die 13) engagierte Frauen in der Partei gegeben habe. Immerhin verzeichnete der sozial-

demokratische Volksverein 1914 schon 375 Frauen unter den 1715 Mitgliedern. Im Gründungsjahr der Arbeiterwohlfahrt entstand 1920 im Parteibüro an der Evertsstraße eine Nähstube, in der aus alten Kleidungsstücken Wäsche und Bekleidung für bedürftige Familien hergestellt wurden. Katharina Lewerentz, Ehefrau des damaligen SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Lewerentz, leitete die Organisation.

GESELLIGKEIT UND GESELLSCHAFTEN

Gesellschaftlich blieb man unter sich. Allein schon deshalb, weil seit der Zeit des Sozialistengesetzes Sozialdemokraten aus bürgerlichen Vereinigungen ferngehalten wurden. Samstags kamen die Nachbarn zum Skat oder man ging in die Kneipe. Man traf sich in den 20er Jahren bei Klausmann in Oppum, im Volkshaus an der Breite Straße, dort standen immer noch Büsten von Lassalle, Marx, Engels, aber jetzt auch von Paul Singer, sah sich im Deutschen Eck an der Martinsstraße Ecke Gladbacher Straße oder in den alten ehemals Ziellenbachschen Reichshallen an der Kurze Straße, die noch bis in die 30er Jahre existierten. Aus der Kurze Straße wurde später im Gedenken an einen bei den Separatistenunruhen 1923 erschossenen Polizisten die Lenssenstraße.

Das rege Vereinsleben spielte sich bis 1933 in zahlreichen sozialdemokratischen Vereinen, vorwiegend in der Südstadt und in Oppum ab. Man traf sich im Arbeiter-Samariter-Bund, der seit 1913 in Krefeld eine Kolonne hatte, bekannte sich bei den Freidenkern seit den 90er Jahren zur Feuerbestattung, trat in der Union auf dem Fußballplatz Vennfelder Straße hinter der Baumwollspinnerei gegen den Ball oder warf ihn beim TV Oppum, dem in den 20er Jahren ebenso wie im TV Jahn

Bockum bis zu 80 % Sozialdemokraten angehört haben sollen.

MAIFEIERN UND PFINGSTAUSFLÜGE

Die traditionellen Maifeiern und Pfingstausflüge begleitete das Arbeiter-Blasorchester musikalisch, die Mitglieder des Radfahrerbundes Solidarität führten bei dieser Gelegenheit Plakate mit, die beim Fahren von zwei Radlern gehalten wurden, ihr Vorsitzender war Oskar Geiss. Mit von der Partie waren die Freie Turnerschaft Krefeld von 1899, und der Wanderclub, und es sang im Forstwald am Ende der Reise der Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“, später „Freie Sängervereinigung“. Besonders die Kinder waren von den Darbietungen des Arbeiter-Kraftsportvereins Germania beeindruckt, der seine Übungsstunden bei Ewalds an der Gladbacher Straße abhielt. Am Ziel in Forstwald standen drei Kaffeehäuschen, man kaufte sich das heiße Wasser (Kanne 10 Pfg), brachte Kaffee(pulver) selber mit. Es gab Vorführungen z.B. der Ringer, im Schlagball-Weitwurf, Völkerballspiele, Bäumchen-wechsel-Dich, erinnert sich zum Beispiel Alfred John.

SPORT UND SPIELE

Im Wassersportverein Frei-Heil lernte Aurel Billstein schwimmen und im Freizeitheim der Sozialistischen Arbeiterjugend in Stenden am Niederrhein lernte zum Beispiel der spätere Widerstandskämpfer Alfred John seine Frau kennen. Wer nicht so weit mit dem Rad fahren wollte – nicht immer konnte Bauunternehmer Klausmann die Jugendlichen mit seinen Lkw mitnehmen – ging ins Jugendheim der SAJ in der Schwertstraße: Dort spielte man Schach und hörte Vorträge. Wer mehr für sich sein wollte, las in der Bücherei

des Volkshauses der Gewerkschaften. Vater Knops, von Beruf Kartenschläger bei Schroeder an der Petersstraße, durfte wegen des Hauswirts noch 1906 die Parteizeitung „Volkstribüne“ nicht nach Hause geschickt bekommen. Er holte sie sich stattdessen auf dem Südwall bei Hermann Bähr, dem Redakteur, ab.

DIE PARTEI ALS FAMILIE

So gesehen war für die interviewten Zeitzeugen Billstein und John die Frage, wie sie zur SPD gekommen waren, unverständlich, denn sie wurden in diese Gemeinschaft geboren. „Man gehörte zu dem Kreis, man musste nicht Mitglied werden.“ „Man hat sich gekannt, nicht kennen gelernt.“ Billstein sagte: „Wir verkehrten mit den Familien Lewerentz und Thabor, unsere Spielkameraden waren die Söhne von Gustav Weiner.“ Weiner war vor 1914 in Krefeld Parteisekretär. „Wissen Sie, bei uns war das so: Die SPD wurde einem eingepfiff bei der Geburt und gehörte zur Familie, und keiner traute sich da rauszugehen“, erzählte Alfred John. Oft war schon der Großvater Parteimitglied gewesen, dann der Vater, dann der Sohn.

Und 1914, die Väter sind schon an der Front, feiern sozialdemokratische Familien in Uerdingen ein Weihnachtsfest, bei dem der kleine Aurel ein Gedicht aufsagt: „Käme Christus noch einmal, die Welt von Sünden zu befreien, fürwahr er wär ein Sozialist und kämpft mit in unsren Reihen.“

Maifeiern, Sportfeste, Jugendlager – verblüffend ist, wie die Nationalsozialisten Traditionen der Arbeiterbewegung kopierten und ihre Adaptionen nach der Machtübernahme 1933 gezielt als Waffe zur Zerstörung der alten Milieus einsetzten. Das waren begleitende Maßnahmen der Gleichschaltungspolitik, mit der es binnen fünf Monaten gelang, die Arbeiterbewegung und ihre Parteien zu zerschlagen. Zwischen dem 30. Januar 1933, als Adolf Hitler die erste Reichsregierung unter Führung der NSDAP bildete, bis zum 22. Juni desselben Jahres, als die SPD mit all ihren Organisationen gesetzlich verboten wurde, versanken die demokratischen Erregenschaften der Weimarer Zeit in Schutt und Asche. Hatten die Sozialdemokraten noch gehofft, wie zu Zeiten des Sozialistengesetzes mit kurzen Haftstrafen oder Geldbußen eine überschaubare Zeit der Unterdrückung zu überdauern, hatten sie sich bitter getäuscht. Nach einer Gestapo-Statistik von 1939 saßen zu diesem Zeitpunkt mehr als 300.000 politische Häftlinge in Konzentrationslagern, bis 1945 wurden Zehntausende von ihnen hingerichtet oder starben in Lagern. Die Mehrzahl der Verfolgten hatte der SPD oder der KPD angehört.

STRASSENKÄMPFE BIS 1933

Bis in den Februar 1933 leisteten die Krefelder Sozialdemokraten, jetzt erstmals gemeinsam mit den Kommunisten öffentlich Widerstand. Straßenschlachten hatte es häufiger schon zu Beginn der 30er Jahre gegeben. Das Zentrum der linken Arbeiterschaft lag im Südbezirk, beginnend mit dem Südwall und entlang der Gladbacher Straße. Zeitzeuge Alfred John schätzt, dass die Sympathien etwa zu gleichen Teilen der SPD und der KPD galten. Die Sitten waren hart. Als sich Ende der 20er Jahre herumsprach, dass der Inhaber eines Elekt-

rogeschäfts in der Vennfelder Straße Anhänger der NSDAP sei, wurde er boykottiert.

Ein Schock muss der sogenannte Preußenschlag vom 20. Juli 1932 gewesen sein, als die SPD-geführte Preußenregierung unter Otto Braun nach einer Präsidialverfügung die Regierung verlor und Innenminister Carl Severing den berühmten Satz prägte: „Ich weiche nur der Gewalt.“ Und sich dann widerstandslos abführen ließ. Alfred John kommentierte das 50 Jahre später so: „Wir hätten am liebsten geweint, denn es warteten alle auf ein Signal, dass die Demokraten losschlagen. Das Reichsbanner war gut organisiert.“ Ein Genosse habe gerufen: „Wir haben keine Führer mehr, unsere Führer haben uns verraten.“

Vor allem die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) wollten das Legalitätsprinzip der Mutterpartei, das noch von den Verfolgungen der Sozialistengesetze geprägt war, nicht länger akzeptieren. Am 5. November 1932, einen Tag vor den Reichstagswahlen, kam es zur denkwürdigen Schießerei an den Reichshallen, damals Kurze Straße heute Lenssenstraße. Alfred John, der damals Buchdrucker lernte und SAJ-Mitglied war, erinnert sich: Das Lokal war ein Treffpunkt der jungen Sozialisten. Die SA, deren Hauptquartier, das Lokal „Heinzelmännchen“, in der Königstraße lag, planten einen Überfall auf die Reichshallen. Man wolle die Sozis dort ausgeräuchern, wurde kolportiert. Dieser Plan war verraten worden, die vermeintlichen Opfer waren gewarnt. Als sich der SA-Trupp von der Dionysiusstraße her näherte, schossen die Jungsozialisten aus Kellerfenstern ihres Lokals auf die Beine der Angreifer. Alfred John berichtete, er selbst habe zwei Pistolen besessen. Im Polizeibericht war später von sieben schussverletzten SA-Männern die Rede.

Es kam wenig später in dem abgedunkelten Lokal noch zu einem Handgemenge. Dabei erhielt unter anderem der SA-Mann August Schiffer nach eigenen Angaben drei Schläge mit einem Stuhlbein auf den Kopf. Wir wissen dies so genau, weil er später versuchte, mit Hilfe eines Anwalts der NSDAP für die angeblich davongetragenen Verletzungen eine Entschädigung aus der SA-Hilfskasse zu erklagen – was misslang.

RIVALITÄT MIT DER SA

Erfolgreicher verlief Schiffers Karriere bei der Polizei. Von 1934 bis 1937 amtierte er als Chef der Gestapo-Außenstelle Krefeld. Man kann sich vorstellen, dass dieser Mann auf die Gegner von damals ein besonderes Augenmerk hatte. Zur Bestätigung und in Andeutung seiner eigenen Methoden heißt es im Protokoll seines Entnazifizierungsverfahrens nach 1945, er habe ein aufbrausendes Temperament besessen. Auch Schiffer verkehrte im „Heinzelmännchen“, wo die SA-Leute mittags einen Teller Suppe spendiert bekamen. Daher nannte man sie die „5-Groschen-Jungen“. Alfred John war im Sommer 1932 so leichtsinnig, einmal an diesem Lokal vorbei Richtung Südwall zu gehen. Vor der Tür warteten prügelbereite SA-Männer. Trotz seiner Verletzungen ging John am nächsten Tag arbeiten. Der Grund: Sein Chef war Mitglied der NSDAP. Das „Heinzelmännchen“ blieb nach der Machtübernahme Schauplatz von Quälereien der SA. Der Reichsbanner-Mann Heinrich Schuppen wurde dorthin verschleppt und mit Reitpeitschen geschlagen.

SCHUTZHAFT NACH DER MACHTÜBERNAHME

Die Lage spitzte sich Ende Januar 1933 dramatisch zu. Noch am Abend der Machtübernahme wurde

Heinrich Malina in so genannte Schutzhaft genommen. Malina war einer der wichtigsten Repräsentanten des öffentlichen Lebens in der Stadt. Der Eisenbahner war Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Ort und führte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, eine Art paramilitärische Abwehrorganisation, in der sich Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD, des Zentrums und einiger kleinerer liberaler Parteien zusammengeschlossen hatten. Joseph Hellenbrock, damals Parteisekretär, und der Parteivorsitzende Fritz Lewerentz, auch Landtagsabgeordneter für die SPD, mussten untertauchen.

KAMPF UM DEN SÜDBEZIRK

Die Sturmabteilungen der NSDAP wollten vor allem die Bastion der Arbeiterschaft im Südbezirk mit einem Fackelzug provozieren. John berichtet: „Da stand der ganze Südbezirk wie ein Mann auf der Straße. Auf der Martinsstraße war ein ganzes Stück Pflaster rausgerissen, die Steine nahm man sich als Wurfgeschosse.“

Man beschmeißt damit die heran marschierende SA. Die Polizei geht dazwischen, verhindert den Durchmarsch durch die Blockade des Tunnels an der Gladbacher Straße. Als die Menge aus dem Südbezirk Richtung Ostwall hinterher flutet, wird sie ihrerseits ebenfalls im Tunnel von der Polizei gestoppt. Am 10. Februar 1933 nimmt die SA einen neuen Anlauf. Wieder an der Martinsstraße kommt es zu einer Schlacht, bei der die Angreifer in Richtung der Gärten an der Lutherstraße zurückgeprügelt werden. Ladenbesitzer beschwerten sich später bei der Polizei über eingeschmissene Scheiben und zertrampelte Vorgärten.

ENDE DER DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN

Im März 1933 traten die sozialdemokratischen Stadträte Vera Beckers, Frangen, Radermacher, Schlösser, Oskar Geiss und Hellenbrock von ihrem Mandat zurück. Die Kommunisten waren gar nicht mehr zur ersten Sitzung der Stadtverordneten eingeladen worden. Die SA war am Ort der Sitzung in der Königsburg aufmarschiert, als die Stadtverordneten zur Parlamentseröffnung eintrafen. Wie überall im Reich überfallen nationalsozialistische Schlägertrupps am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser. Vor dem Volkshaus in der Breite Straße gegenüber dem Amtsgericht verbrennen sie die Bücher der Bibliothek des Gewerkschaftshauses. Schon vorher waren das SPD-Parteibüro in der Evertsstraße und das Jugendheim der SAJ in Stenden Ziel von Verwüstungen durch die Sturmtrupps der SA. Die sozialdemokratische „Freie Presse“ wurde verboten.

Trotz dieser Bedrohungen ging kein Sozialdemokrat ins Exil. Dabei verloren viele ihre Arbeit und mussten sich als Vertreter oder Kurierfahrer durchschlagen. „Wir wollten nicht ins Ausland. Wir wollten hier gegen Hitler kämpfen“, erzählt Käthe Hellenbrock.

PERSÖNLICHES LEID

Nur für 14 Tage verschwand der 33-jährige Parteisekretär Hellenbrock damals nach Amsterdam, doch länger hielt es der temperamentvolle gebürtige Bayer dort nicht aus. Er verdingte sich einige Monate lang als Vertreter für Pfaff-Nähmaschinen am Niederrhein, insgeheim baute der gelernte Dreher mit Ehefrau Käthe und anderen Getreuen eine Widerstandsorganisation auf.

Was hieß das für die Familie? Ehefrau Käthe,

geborene Knops, sechs Jahre jünger als Joseph kannte ihren Mann aus der Sozialistischen Arbeiterjugend. Mit 14 Jahren war sie dort eingetreten. Später erzählt sie: „Ich habe meinen Mann aus politischen Gründen geheiratet. Als Mädchen habe ich immer gedacht: Wenn du einen Mann heiratest, der deine politische Auffassung vertritt, dann kriegste nie Streit mit dem. Dann habe ich eine glatte Ehe.“ Als es Anfang der 30er Jahre immer häufiger zu Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner kam, sagt Käthe zu ihrem Mann: „Ich warte auf dich, und wenn es 20 Jahre dauert.“ Im Dezember 1932 heirateten die Beiden. Und Käthe wusste alles über die geheimen Aktivitäten ihres Mannes, sorgte in vielen Monaten des Jahres allein für den Unterhalt der Familie.

„Essen, Trinken und Miete mussten bezahlt werden. Kleider brauchten wir keine, damit kamen wir zurecht.“ Sie verkaufte zusätzlich zu ihrem Job (23 Mark in der Woche) noch bis 1938 Wäsche, schickte ihrem Mann sogar Geld ins Gefängnis. „Es kam viel auf die Frau an. Zog die mit, oder mälkelte die.“

Am besten, man war ledig, meint Alfred John: „Nur wer keine Kinder und Familie hatte, konnte Mut zeigen.“

ERSTE WIDERSTANDSAKTIONEN

Im April 1933 riskierte der Kreis um die Hellenbrocks, zu dem der Schwiegersohn von Fritz Lewerentz, Fritz Munse, gehörte, zum ersten Mal Verhaftung und Verschleppung. In Forstwald lagerte bei einer Freundin ein Vervielfältigungsapparat, den Jupp Hellenbrock mit einem Umzugskarren nach Fischeln schmuggelte. Dort wusste man ihn bei der sozialdemokratischen Familie Kehren in Sicherheit, versteckte ihn über der alten

Remise in einer Kutscherwohnung. Käthe holte auf dem Fahrrad noch eine Schreibmaschine aus Forstwald nach. Dann tippte Hellenbrock auf eine Matrize Artikel, die der ehemalige Redakteur der Freien Presse, Josef Radermacher, verfasst hatte, und vervielfältigte sie. Die Polizei drückte noch ein Auge zu, denn Vater Kehren war ein geschätzter Politiker und Lehrer in Fischeln. Die Kinder der Familie wurden zu Stillschweigen verpflichtet: „Hier geschieht etwas, da darfst du nie drüber reden.“

Nach wenigen Wochen endete das Unternehmen abrupt. Jemand warnte die Familie, dass eine Hausdurchsuchung bevorstehe. Alle Papiere wurden in einer Nacht im Ofen verbrannt, Schreibmaschine und Matrizen-Apparat wurden später an den Schreibwarenhändler Lechner&Hayn verkauft.

SCHMUGGEL AN DER GRENZE

Wie schon 50 Jahre zuvor während der Zeit der Sozialistengesetze entwickelte sich Krefeld zum Brückenkopf für Schmuggelaktionen an der niederländischen Grenze. Der Exilvorstand der jetzt SOPADE genannten Partei hatte von Prag aus Grenzsekretariate eingerichtet. In Amsterdam und Antwerpen hielt der ehemalige Parteisekretär des Bezirks Niederrhein (Düsseldorf), Ernst Schumacher (1896-1958), den Kontakt nach Niedersachsen und an den Niederrhein. Hellenbrocks kurze Reise ins Nachbarland dürfte Anfang 1933 der Knüpfung erster Kontakte gedient haben. Zwischen 1933 und 1935 transportierten die Hellenbrocks per Fahrrad Schriften von Venlo nach Krefeld. Dazu zählten die Zeitschrift „Sozialistische Aktion“ und die als Hygiene-Broschüre getarnte „Kunst des Selbstrasierens“. Ein Holländer

namens Dertekom, so erinnert sich ein halbes Jahrhundert später Käthe Hellenbrock, sei ihr Kontaktmann am Bahnhof in Venlo gewesen.

Die Regie des sozialdemokratischen Widerstandes in den Niederlanden führte Jack Schiefer aus Erkelenz, der nach dem Krieg Landrat im Kreis Erkelenz wurde. Die emigrierten Gewerkschaftsführer, sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Funktionäre waren Verfasser und Herausgeber der in Amsterdam erschienenen Emigranten-Zeitung Freie Presse, schrieben für die Sozialistische Aktion und das niederländische Arbeiterblatt Het Volk.

Unterstützt wurden die Amsterdamer Emigranten von niederländischen Gesinnungsgenossen, so dem Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Edo Fimmen, der unter den organisierten Seeleuten in allen Häfen der Welt bekannt war und die illegalen Schriften der SPD auf Rheinschiffen ins Deutsche Reich schleuste.

ENDE DES SCHMUGGLERRINGS

In Krefeld gehörte Wilhelm Elfes, der spätere CDU-Mitgründer, Polizeipräsident und Beigeordnete zu den Abonnenten der illegalen Zeitungen, ferner alte Parteimitglieder wie Gobbers, Radermacher und Vootz. Der heikelste Moment beim Schmuggel war der Grenzübertritt. Entlang der Feldwege patrouillierten Zöllner. Alfred John hatte einige Male die Aufgabe übernommen, vor einer Patrouille zu warnen. Bei Gefahr zündete er sich eine Zigarette an. Dem Schriftenschmuggel folgte bald der Menschenschmuggel. Bei Kaldenkirchen lotsten Jupp und Käthe Hellenbrock den Kölner Gerd Schreiner, Redakteur der dortigen Parteizeitung, über die Grenze; später folgte ihm sein Kollege Helmut Kern. Die Amsterdamer Wi-

derstandsgruppe wurde nach der Besetzung der Niederlande durch die Reichswehr zerschlagen. Erich Kuttner, Jude, Abgeordneter des Preußischen Landtags und Redakteur der Parteizeitung Vorwärts, wurde in ein KZ verschleppt und ermordet, Franz Vogt, Abgeordneter des Preußischen Landtags und Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung, nahm sich beim Einmarsch der Deutschen im Mai 1940 das Leben. Ebenso Toni Reissner, Vorsitzender des Gesamtverbandes der Verkehrsgewerbe. Den von den Hellenbrocks heraus geschleusten Gerd Schreiner erschlugen Gestapo-Beamte in Amsterdam, während Helmut Kern die Flucht in die USA gelang.

Grenzsekretär Schumacher war schon 1936 ausgebürgert worden und drei Jahre später über Belgien nach Bolivien ausgewandert, 1947 kehrte er nach Deutschland zurück.

SYSTEM AUS PRÜGEL UND FOLTER

Sozialdemokraten, die sich mit der SA vor der Machtübernahme angelegt hatten, gerieten im Frühjahr 1933 in deren Visier. Die erste seiner insgesamt fünf Verhaftungen erlebte zum Beispiel Jupp Hellenbrock vom 6. bis zum 19. März 1933. Die Polizei holte ihn zu Hause zu Fuß ab. Seine Ehefrau ging bei den Verhaftungen möglichst mit, um zu sehen, wohin man ihren Mann brachte. Der junge Alfred John kam bereits im Februar mit 17 Jahren in Schutzhaft und verschwand für eine Woche im Anrather Gefängnis. Vier Wochen lang hielt man ihn später im Untersuchungsgefängnis in der Steinstraße fest, als John beim Verteilen von Flugblättern im Juni 1933 geschnappt wurde. John, der im so genannten Brotfabrikprozess 1935 zu einer Haftstrafe und 1943 wegen defätistischer Äußerungen zu zwei Jahren Zucht-

haus ersatzweise Strafkompagniedienst verurteilt wurde, gibt einen anschaulichen Überblick über das Haft- und Foltersystem in Krefeld. Wer nach Anrath (das ehemalige Frauengefängnis) oder in die Steinstraße (Gerichtsgefängnis) kam, war zumindest vor Folter sicher; dort hatte die Justiz das Sagen.

Am schlimmsten traf es diejenigen, die in die alte Husarenkaserne an der Westparkstraße eingeliefert wurden, wo sich die SA einquartiert hatte. Im Keller befanden sich die großen Aufenthaltszellen, im Erdgeschoss wurde gefoltert. „Da haben sie uns die Wände hochgeprügelt.“ Drei Mann betreten laut John einmal seine Zelle im Erdgeschoss, wo er lange hatte warten müssen. Sie rissen im Haare büschelweise aus, schlugen ihm die Zähne ein. Auch Mitglieder der kommunistischen Widerstandsgruppe um Aurel Billstein wurden hier gefoltert, ferner Zentrumsleute und die Sozialdemokraten Wilms und Hoeren, die Eisenbahngewerkschafter Paul Emmen und Hans Funger. Während der Herbstkirmes kamen die SA-Männer mit Vorliebe betrunken in die Kaserne und prügelten die angeketteten Gefangenen. Einmal fuhr Johns Mutter mit dem Zug bis nach Berlin, um bei Goering zu intervenieren. Sie kam bis zum Reichskriegsministerium, wo ein Bruder als Hauptmann arbeitete und zeigte ihm das blutverkrustete Hemd seines Neffen. Kurze Zeit später verlegte man den jungen Häftling in die Steinstraße. Von alldem ist so gut wie nichts schriftlich überliefert. Gewalt gegen Häftlinge durfte nicht protokolliert werden.

GEWERKSCHAFTSWIDERSTAND

Neben dem Südbezirk formierte sich Widerstand rund um das Eisenbahnausbesserungswerk in Oppum. Die sozialdemokratischen Betriebsräte unter ihnen Paul Emmen konnten sich bei ihren Flugblattaktionen auf Unterstützer in der nahen Eisenbahnersiedlung verlassen. Im Werk selbst gab es eine Widerstandsgruppe, zu der der spätere Betriebsratsvorsitzende Willi Klümpen gehörte. Gemeinsam mit Heinrich Malina und dem früheren Reichsleiter der Eisenbahngewerkschaft Hans Jahn planten sie den Aufbau einer illegalen Eisenbahngewerkschaft in Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) in Amsterdam. Zu einem vorbereitenden Treffen mit dem ITF-Generalsekretär Edo Fimmen waren Malina, Emmen und der jetzt in Neuß operierende Krefelder Hans Funger im Februar 1935 nach Venlo gefahren. Man beschloss die Einrichtung illegaler Bezirksorganisationen und regelmäßige Geheimgespräche. Basis für die Arbeit war ein „Gewerkschaftliches Sofortprogramm“, vertrieben wurde das Verbandsorgan „Fahrt Frei“. Das Unternehmen flog auf, die Beteiligten wurden 1936 und 1937 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthausstrafen zwischen fünf und 15 Jahren verurteilt.

Am Rande waren die Krefelder auch an dem Unternehmen Luzil beteiligt. Vor allem Mitglieder der Metallgewerkschaft hatten sich in einem Tarnunternehmen für den Vertrieb von Seife zusammengeschlossen. Als Hausierer und Kuriere getarnt verteilten sie illegale Schriften und sammelten Informationen für die Auslandsberichte der Exil-Parteileitung. 1937 gehörte auch der langjährige Reichstagsabgeordnete Johann Tha-

bor zu den kurzfristig Festgenommenen, am 10. Dezember des Jahres wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Die von einem Denunzianten erhobenen Vorwürfe hatten sich nicht ausreichend belegen lassen.

BROTFABRIKPROZESSE

Höhepunkt und zugleich Ende des organisierten Widerstandes der Sozialdemokraten am Niederrhein bildeten die Widerstandsaktionen um den späteren Bundestagsabgeordneten Hermann Runge aus Duisburg. Er betrieb in Hamborn die Brotfabrik Kordahs, deren Filialen am Niederrhein sich auf die alten Strukturen der Konsumgenossenschaft stützen konnten. Das galt auch für die Im Brahm-Filiale an der Ritterstraße. Im Frühjahr war diese alte Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die in der Spitze 50 Verkaufsstellen am Niederrhein besessen hatte, in Konkurs gegangen. Jetzt transportierten Brotfahrer dorthin nicht nur Backwaren, sondern auch Schriften aus dem Exil wie die „Sozialistische Aktion“. Vereinbarung hatten dies 14 Delegierte einer Geheimgesprächskonferenz in Maastricht im Mai und Juni 1934. Teilnehmer unter anderen: Grenzsekretär Schumacher, Hermann Runge und der ehemalige Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding.

In Krefeld gehörten zu diesem Kreis entweder als Boten oder als Abnehmer der Schriften der ehemalige Gewerkschaftssekretär der Textilarbeitergewerkschaft, Richard Bretschneider, sein Schwiegersohn Bruno Schmitz, Erich Gremmel, Konrad Gobbers und Joseph Hellenbrock. Im Juni 1935 erhielt die Gestapo einen Tipp über dieses weitläufige Kuriersystem. Unter der Folter verriet Mitglieder des Rings auch Genossen in Krefeld. Das Oberlandesgericht Hamm hielt in einem Teilpro-

zess, insgesamt waren 600 Personen angeklagt, die Gerichtsverhandlung in Krefeld ab und verurteilte allein hier 44 Sozialdemokraten wegen der Verteilung volksverhetzender Schriften und Vorbereitung zum Hochverrat. Bretschneider konnte den Gerichtssaal als freier Mann verlassen, ihm wurden neun Monate Untersuchungshaft angerechnet. Josef Hellenbrock musste für insgesamt zwei Jahre und acht Monate ins Zuchthaus.

„HERZ WIE EIN LÖWE“: JOSEPH HELLENBROCK
Hellenbrock war ein verhältnismäßig kleiner schwächlicher Mann, hatte aber vor seiner Parteikarriere als Dreher körperlich hart gearbeitet. „Der Jupp hatte ein Herz wie ein Löwe“, erinnert sich Alfred John später. Als er im Juni 1935 in Duisburger U-Haft sitzt, schreibt Hellenbrock seiner Frau einen Brief.

„Ich bin in einen Turnverein gegangen; bei dieser Turnerei ist mir meine Brille kaputt gegangen. Schick mir bitte umgehend eine Neue.“ Damit war Käthe klar, dass ihr Mann gefoltert worden war. Es gelang ihr in Verhandlungen mit der Krefelder Gestapo, ihn nach drei Wochen aus der Untersuchungshaft zu befreien.

Bis 1938 saß Hellenbrock im Zuchthaus Vechta. Als er nach Hause kam, war an einen organisierten Widerstand nicht mehr zu denken. Er arbeitete bis Kriegsende wieder als Dreher in der Krefelder Maschinenfabrik Gerber-Wansleben. Unter Beobachtung blieb der führende Sozialdemokrat immer noch. In der Aktion „Gewitter“ nach dem Hitlerattentat am 20. Juli 1944 wurde Hellenbrock am 26. August festgenommen und mit Wilhelm Elfes und dem früheren SPD-Abgeordneten und Parteivorsitzenden Fritz Lewerentz nach Berlin gebracht. Hellenbrock kam am 1. September wie-

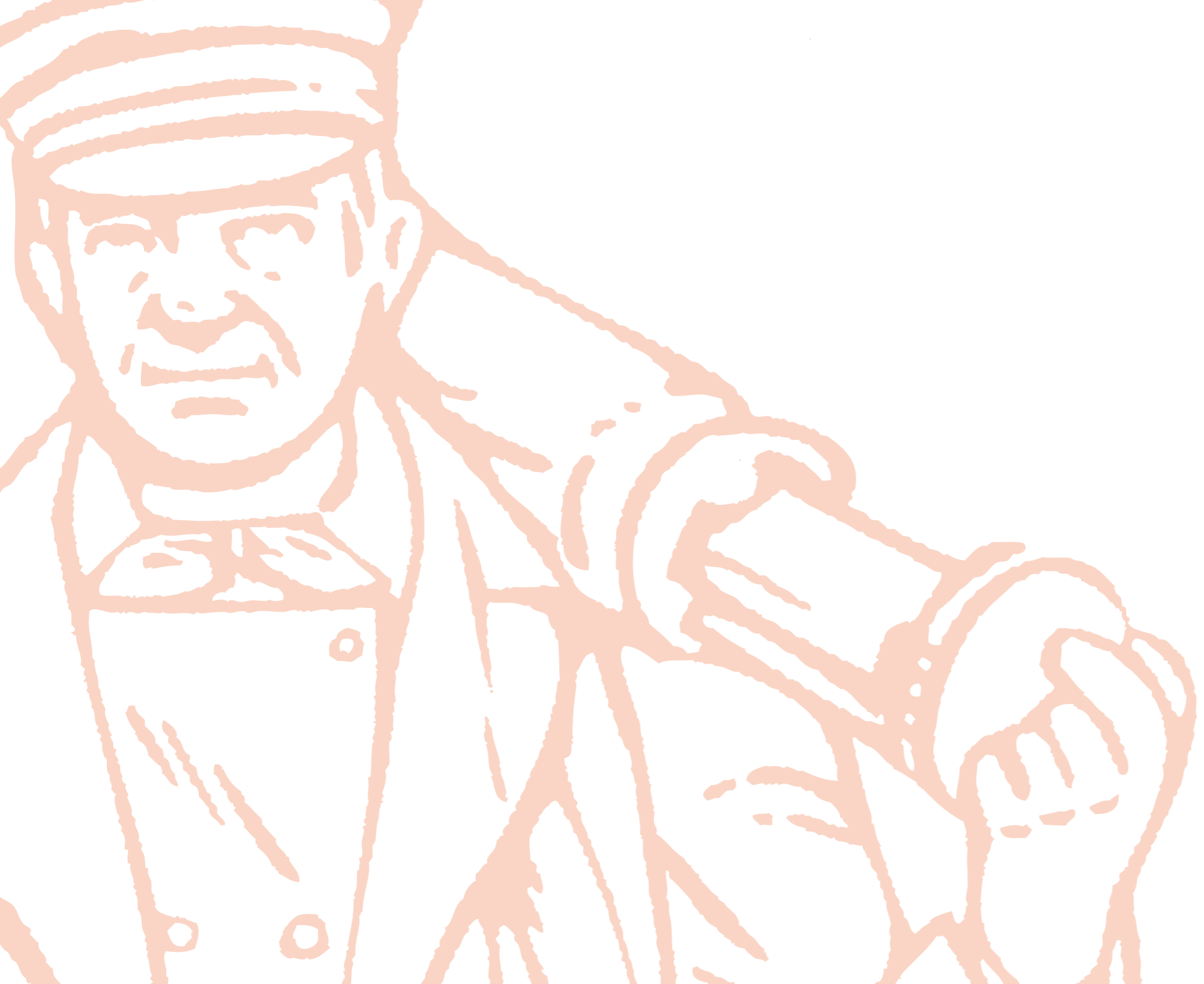
der frei, Elfes soll auf dem Transport geflohen und sich bis zur Befreiung versteckt haben. Fritz Lewerentz, der sich am Widerstand wegen seines Alters nicht mehr beteiligt hatte, wurde in das Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Er kam bei einem der Todesmärsche gegen Kriegsende bei Bergen-Belsen um.

EINZELAKTIONEN

Nach Aussagen Überlebender war nach dem Ende des Brotfabrikprozesses 1936 der Widerstand am Niederrhein gebrochen. Grenzsekretär Schumacher befragte bei einer Besprechung in Nijmegen im August 1937 nach Aussage eines Spitzels die Teilnehmer, ob sie etwas über Geiss und Levening (gemeint waren wohl Oskar Geiss als ehemaliger Vorsitzender der Stadtratsfraktion und wohl Fritz Lewerentz) in Krefeld wüssten; offenbar war der Kontakt abgebrochen. Alfred John berichtet von gelegentlichen Einzelaktionen und geheimen Treffen, so zum Beispiel im Muschelhaus Keuer an der Lohstraße. Man diskutierte, solange man wusste, dass man unter sich war. Wenn sich die Gelegenheit ergab, wurde im Betrieb sabotiert.

Viele Überlebende gehörten zu den Wiedergründern der SPD in Krefeld. Im März 1945 trafen sich Josef Radermacher, Joseph Hellenbrock, Hans Schlösser, Hans Wiemes und der frühere Reichstagsabgeordnete Johann Thabor.

Doch die Partei, die sie neu schufen, war eine andere. Die alte Arbeiterbewegung mit ihrem Vereinsleben von der Wiege bis zur Bahre, mit ihren Traditionen aus der Zeit der Gründer um Lassalle und Bebel gab es nach zwölf Jahren Gewaltherrschaft und sechs Jahren Krieg nicht mehr.



ÜBER DEN AUTOR

KURZVITA

STEFAN SCHRÖDER

geboren 7.9.1957
in Wuppertal
evangelisch
verheiratet, drei Kinder

STUDIUM

Geschichte und Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster
1977-1982, Abschluss M.A., Münster 1983

JOURNALISTISCHE TÄTIGKEIT

Freie Mitarbeit für dpa, WDR-Rundfunk,
ZDF, Tageszeitungen in NRW 1979-1986

BERUF

Volontariat Badische Neueste Nachrichten, Karlsruhe, 1987; Politikredakteur Badische Neueste Nachrichten, Karlsruhe, 1988; Redakteur Rhein-Main-Zeitung FAZ, Frankfurt, 1988-1991; Leiter Lokalredaktion Rheinische Post, Düsseldorf, 1991-1999; Stellvertretender Chefredakteur Allgemeine Zeitung (VRM), Mainz, 1999-2008; Seit 2008 Chefredakteur Wiesbadener Kurier

Seit 2013 zusätzlich Chefredakteur für Wiesbadener Tagblatt und Main-Spitze (Rüsselsheim)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!



IMPRESSUM

Josef-Hellenbrock-Bildungswerk e.V.
Ruth Esser-Rehbein (Geschäftsführerin)
Südwall 38 | 47798 Krefeld
T 02151.319630 (Mo. und Mi.)
F 02151.319637





WWW.SPDKREFELD.DE